

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schick-Ronto Hannover Nr. 57613
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wollfr. 65

Abonnementspreis d. Boten vierteljährlich 3.— RM., d. die Post 3,60 RM. Einzel-Nr. 50 Pf.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pf.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Rimberg, Essen. Druck: J. Hansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemshausen Straße 38 42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegraph: Mittelverband Bochum

Wir müssen es schaffen!

Die Arbeitskammerwahlen für den Ruhrbergbau sind getätigt. Das Resultat darf für den Verband als befriedigend bezeichnet werden. **Rund 164 000 Bergarbeiter des Ruhrbezirks haben für unsere Liste gestimmt.** Das ist wiederum ein erheblicher Teil mehr, wie bei uns organisiert sind. Das sind aber doch alles Kameraden, die mit uns sympathisieren, Kameraden, die auch schon das Verständnis und die Würdigung der organisatorischen Macht besitzen. Wäre das nicht der Fall, dann wären sie der Wahl ferngeblieben. Wir haben es also hier mit einem großen Teil jener Unorganisierten zu tun, der sicherlich für die Organisation gewonnen werden kann. Das muß zu neuem Ansporn, zur Agitation ausgenutzt werden. Wir dürfen sie nicht auf halbem Wege stehen lassen. Morgen, heute noch müssen wir überall mit neuer Werbearbeit beginnen!

Diesmal sind sie leicht zu kennen. Jedes Mitglied weiß doch sicher, wer von seinen Mitkameraden gewählt hat. Wo es nicht bekannt ist, muß jeder sofort fragen. Gleichzeitig muß dann festgestellt werden, ob die Wähler organisiert sind oder nicht. Wo sie es nicht sind, dort muß nun angefragt werden mit unermüdlicher Aufklärung. Jedes Mitglied nehme sich einen aufs Korn. Den Aufnahmeschein muß man stets mit dem Namen des Umworbenden ausgefüllt bereit halten. Es darf nur noch das Zugeständnis fehlen. Gerade die Arbeitsstelle ist ein gutes Agitationsfeld. An den täglichen Mühseligkeiten und Widerwärtigkeiten im Beruf läßt sich die Notwendigkeit einer starken Gegenwehr leicht demonstrieren. In jeder Arbeitsschicht beweist es sich ja beim Verkehr mit Beamten und Vorgesetzten, wie ohnmächtig der einzelne Arbeiter ist. Hier gibt es nur eine Möglichkeit des Schutzes: die Organisation! Im Lohn- und Manteltarif kämpft diese immer wieder um Verbesserungen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses. Es ist deshalb nur ein Akt der Selbstbehaltung, wenn sich die Arbeiter an die Organisation anschließen.

Wir brauchen starke Gewerkschaften heute notwendiger denn je. Das gilt auch für die Tätigkeit der Arbeitskammern. Die Gutachten der gewählten Vertreter wiegen um so schwerer, je stärker die hinter ihnen stehenden Arbeiter organisiert sind. Man stelle sich einmal vor, was es bedeuten müßte, wenn fast die gesamte Bergarbeiterschaft organisiert wäre! Wenn sich die Organisation stets bewußt sein könnte, daß alle Bergarbeiter hinter ihr stünden! **Es wäre einfach nicht möglich, daß auf die Dauer gegen den Willen der Organisierten Arbeits- und Werkspolitik gemacht werden könnte.** Wir glauben auch sicher, daß von den Wählern viele durch unsere Mitglieber gewonnen werden. Wir dürfen aber bei der Aufklärung nicht nur bei dem Hinweis auf die Arbeitskammertätigkeit bleiben. Alle Momente, die für die Organisation sprechen, müssen immer wieder herangezogen werden. In unseren letzten Nummern der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir hauptsächlich auf die letzten Erfolge der Organisation hingewiesen. Wir sagten, daß es moralische Pflicht der Unorganisierten sei, sich als Mitglied aufnehmen zu lassen, weil sie ja an den Erfolgen mitprofitieren. Das ist richtig! Und die Unternehmer geben sich nun alle Mühe, in Zukunft der Organisation weitere Erfolge streitig zu machen.

Sie blasen auf der ganzen Linie Alarm. Es geht insbesondere gegen jede weitere Lohnerhöhung. Am besten lehrten das die großen industriellen Tagungen der letzten Wochen. Wohin der Kurs gehen soll, lehrt folgendes: Jeder weiß, wie die staatliche Schlichtertätigkeit und die Spruchpraxis des Arbeitsministers bei Verbindlichkeitsklärungen oft sich auswirkt. Raum sind Fälle zu verzeichnen, in denen die Forderungen der Arbeiter auch nur annähernd Befriedigung finden. **Trotzdem berennt das Unternehmertum wie eine wild gewordene Meute die „Lohnpolitik“ des Reichsarbeitsministers.** Die ganze schwerindustrielle Presse steht im Dienste dieser Kampagne. Die meistens nur im Schlichtungsverfahren errungenen Lohnerfolge der Gewerkschaften sollen schuld sein am unbefriedigenden Wirtschaftsverlaufe. Der beste Beweis also, daß das Ziel der Unternehmer auf der ganzen Linie ist: Keinen Pfennig Lohnerhöhung, womöglich Lohnabbau. Will die Arbeiterschaft hier wirklich alles willenlos an sich herankommen lassen? Oder soll es doch möglich sein, eine starke Abwehr bilden zu können? Da ist möglich, wenn wir die Launen und Fernstehenden für die Organisation gewinnen können.

Gerade die Unorganisierten schimpfen gern auf die Gewerkschaften, daß sie sich nicht auflehnen gegen die staatliche Spruchpraxis. Sie ist aber doch nur notwendig, weil eben nur ein kleiner Teil der Arbeiter den Weg in die eigene Kampffront findet. **Notwendig, weil eben die Unorganisierten die Schlagkraft der Organisation schwach halten.** Das Unternehmertum fühlt sich allmählich stark genug, den Kampf auch gegen das Spruchverfahren zu führen. Ob es damit glaubt oder beabsichtigt, der Arbeiterschaft dienen zu können? Nur ein

Marr kann so kalkulieren. Das Unternehmertum muß aber doch dann die Ueberzeugung haben, damit seine Position gegen die Arbeiter verstärken zu können! Es weiß ganz genau: Wenn die Spruchpraxis gefallen ist, dann wird der einzelne Kapitalist, oder besser die Kapitalistenklasse, wieder selbstherrlich herrschen können. Das glaubt man deshalb, weil man auf den Fatalismus und die Gleichgültigkeit der Unorganisierten glaubt zählen zu können. Hier gibt es einen Strich durch die Rechnung zu machen. Die Unorganisierten müssen zu uns! Und dort, wo die Unorganisierten die Spruchpraxis vorschützen, mit der sie nicht zufrieden seien, während sich die Organisation damit abfände, dort verweist auf folgendes: Wenn die Organisationen stark genug sind, wieder aus eigener Kraft die Angriffe der Unternehmer abzuschlagen, dann werden wir, **ob mit oder ohne Spruchverfahren, unsere Verteidigung durchzuführen wissen, darüber hinaus aber auch unseren Forderungen Geltung verschaffen können.** Heute aber, wo uns die Unorganisierten allein kämpfen lassen und nur den Erfolg mit uns teilen, da bedeutet das Spruchverfahren noch einen Vorteil. Der Vorteil kann natürlich nie größer sein, wie unsere jeweilige Organisationsstärke ist. Warum ist die Spruchpraxis unter den jetzigen Verhältnissen ein Vorteil? In der Vorkriegszeit konnte der deutsche Arbeiter, wenn seine Lohnforderungen nicht erfüllt wurden, die Arbeit niederlegen und neue Arbeit in einem Betriebe suchen, der seiner Forderung nach höherem Lohn entsprach. Die Möglichkeit des Arbeiters, zur Zeit der Konjunktur die Arbeitsstelle zu wechseln, war in der Vorkriegszeit ein Mittel, Lohnforderungen durchzusetzen. Die Freizügigkeit stärkte die Position des Arbeiters im Lohnkampfe.

Von ihr kann heute aber in Deutschland nicht die Rede sein. Sie steht auf dem Papier und kommt für den Arbeiter nicht in Frage, da er in 99 von 100 Fällen an die Betriebe einer bestimmten Gegend gebunden ist und weil in anderen Wirtschaftsbezirken, wo Bedarf an Arbeitskraft vorhanden ist und wo man gern höhere Löhne zahlen möchte, er keine

Wohnung finden kann. Die durch den Wohnungsmangel unterbundene Freizügigkeit ist heute unzweifelhaft ein Mittel für den Lohndruck. Wir erleben es tagtäglich in vielen Industriezweigen, daß Arbeiter ihre Arbeitskraft zu weit höheren Preisen, d. h. Löhnen, verkaufen könnten, wenn eine Freizügigkeit wirklich bestände.

Wir stehen nun einmal vor diesen ehernen Tatsachen, die nicht mit radikalen Worten zu beseitigen sind. Unter solchen Umständen können wir nur aktive Kämpfe, Streiks usw. führen, im äußersten Notfalle. **Ständen wir alle in einer Front, dann wäre das Bild ein wesentlich anderes.** Dann wäre nicht nur der Druck viel stärker, den wir hinter die Lohnpolitik setzen könnten. Nein, eine stark organisierte Arbeiterschaft müßte auch auf die ganze Regierungspolitik wirken. Erwerbslosenpolitik, Wohnungspolitik, Zollpolitik sind Fragen, die mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängen, Fragen, die aber nur von den stärksten Organisationen entschieden werden. **Bleibt die Arbeiterschaft ihren Organisationen fern, nun, dann werden all diese Fragen zugunsten der Besitzenden, der Arbeitgeber entschieden.** Würde die Arbeiterschaft aber zur Organisation stehen, dann wäre keine Macht mehr, die gegen sie wirken könnte.

So selbstverständlich all diese Tatsachen sind, sie müssen immer wiederholt werden. Den Unorganisierten ist das nämlich gar nicht so selbstverständlich. **Wüßten sie das alles, dann könnten sie doch der Organisation nicht fernstehen.** Nur ein geistig-anormaler Mensch kann sagen: ich weiß, daß die Organisation mir Vorteile bringt, aber ich will sie deshalb nicht unterstützen. Das wäre ebenso widersinnig, als ob er sagte: ich habe diesen Monat 180 Mark verdient, aber ich hole nur 150 Mark für meine Arbeit. **Deshalb immer wieder von neuem mit der Werbearbeit beginnen.** Der Verband muß bald den allergrößten Teil der deutschen Bergarbeiter als Mitglieder zählen können. **Wir müssen es schaffen!**

Geschichtliche Ziele der freien Gewerkschaften.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung ist aus der Erkenntnis der Arbeiter entstanden, daß sie sich zur Verteidigung ihrer Lebenshaltung sowie zur Besserung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage zusammenschließen müssen, wenn sie nicht dem übermächtigen Druck des rücksichtslos und einseitig auf seinen Vorteil hinstrebenden kapitalistischen Unternehmertums erliegen wollten. Der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung überzeugte die Arbeiter davon, daß zwischen Kapital und Arbeit Gegensätze bestehen, die eine friedliche Verständigung ausschloffen und Konflikte hervorriefen, die nur durch den wirtschaftlichen Kampf zu einem für sie annehmbaren Ausgleich gebracht werden konnten. Das Bestreben der Gewerkschaften war deshalb von Anfang an darauf gerichtet, alle Arbeiter zu vereinen, um stark genug zu sein, diese Kämpfe siegreich zu bestehen. Konfessionelle und politische Meinungsverschiedenheiten haben diese Einigung zum Schaden der Arbeiter verhindert, obwohl sie sehen mußten, daß derartige Meinungsverschiedenheiten bei den Unternehmern niemals eine besondere Rolle spielten, um sie von einem Zusammenschluß zur Vertretung ihrer Interessen abzuhalten. Nur bei den Arbeitern zerplitterten sich die Organisationen in verschiedene Richtungen, die heute noch vorhanden sind.

Die Notwendigkeit eines einheitlichen Zusammenschlusses der Arbeiter in der freien Gewerkschaftsbewegung ergibt sich nicht nur aus deren Stärke, sondern auch aus ihren Zielen. Diese werden von ihren Begnern mit besonderer Vorliebe als „marxistische“ bezeichnet. Sehr wenige von denen, die diese Bezeichnung anwenden, wissen, was darunter zu verstehen ist. Sie haben vielleicht den Namen Marx oder „Marxismus“ gehört, von der Bedeutung dieses sozialistischen Theoretikers und seiner Lehre jedoch keine blasse Ahnung. Wäre es anders, so müßten sie wissen, daß es eigentlich gar keine marxistischen Ziele gibt und solche von den freien Gewerkschaften auch nicht verfolgt werden können. Marx selbst hat den von seinen Begnern wie Anhänger gebrauchten Begriff „Marxismus“ abgelehnt und betont, daß er kein „Marxist“ sei. In seinem berühmten Buche „Das Kapital“ sowie in einer Reihe sonstiger Schriften unterlucht er lediglich die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus und stellt fest, wie dieser in seiner Entwicklung zur Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung führen muß. **Daß die wirtschaftliche Entwicklung, wenn auch von den kapitalistischen Unternehmern ungewollt, diesem Ziele zustrebt, kann gar keinem Zweifel unterliegen, wenn man die gewaltigen Umwälzungen betrachtet, die sich in der letzten Jahrhunderthälfte auf poli-**

tischem wie wirtschaftlichem Gebiete vollzogen haben und noch vollziehen. Ebenso zweifellos ist, daß nur eine derartige gesellschaftliche Umwandlung den Arbeitern das bringen kann, was die Gewerkschaften für sie erstreben: Rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung mit den Unternehmern, Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung zum Nutzen einiger Wenigen, und gerechte Beteiligung aller Arbeitenden an den von ihnen geschaffenen Kulturgütern entsprechend ihrer Leistungen.

Nicht Marx hat diese Ziele aufgestellt, sondern sie ergeben sich aus der kapitalistischen Entwicklung von selbst, was ihre Bedeutung in nichts beeinträchtigt, ebensowenig, wie sie den Wert seiner Lehre schmälern können. Wenn sich die freien Gewerkschaften auf den Boden dieser Lehre stellen, so anerkennen sie nur deren Folgerungen in dem Bewußtsein, daß keine Entwicklung mechanisch ist, sondern trotz allem von den Menschen gemacht werden muß. Die freien Gewerkschaften sind eben das „Organ der Geschichte“. Man kann sehr verschiedener Ansicht darüber sein, wie lange es noch dauern wird, bis die von ihnen erstrebten Ziele erreicht sind. Das darf nicht abhalten, ihnen nachzustreben und in oft mühevoller Kleinarbeit alle Hindernisse hinwegzuräumen, die sich uns auf dem Wege dahin entgegenstellen. Nur dem Umstande, daß die freien Gewerkschaften ihre Ziele unausgesetzt im Auge behielten, haben sie den Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung sowie die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Erfolge zu verdanken. Auf anderem Wege wären die Erfolge niemals erreicht worden! Dennoch ist das Erreichte erst ein Teil des Angestrebten. Die Gewerkschaften werden noch andere Aufgaben bewältigen müssen. Aber der Weg, den sie bisher zurücklegten, hat sich als der richtige erwiesen. Es darf die Arbeiter deshalb nicht irre machen, wenn man die von den Gewerkschaften verfolgten Ziele herabzusetzen, in den Augen der Unverständigen als „marxistische“ in Verruf zu bringen sucht. Sie brauchen sich ihres großen sozialistischen Lehrers nicht zu schämen, der ihnen das Wort zurief: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Sein Ruf steht nicht hinter jenem zurück, der vor ihm seinen Jüngern predigte: „Geht hinaus in alle Welt und lehret allen Völkern!“ Die freie Gewerkschaftsbewegung steht auf realem Boden. Das Begonnene muß weitergeführt werden. Nur so betreiben wir das, was als gesunde Berufs- und Klassenpolitik bezeichnet werden kann; zum Besten aller, die unter dem heutigen kapitalistischen Ausbeutungssystem leiden und deren Ziel die endgültige Beseitigung dieses Systems ist.

Aus: „Der Zimmerer“.

Hier Kulturträger - dort Parasiten.

Die Nr. 25 der „Deutschen Werkmeister-Zeitung“ enthält einen interessanten Artikel ihres Schriftleiters über den kulturellen und staatspolitischen Wert der Gewerkschaften, und über das geradezu verwerfliche Verhalten der Unorganisierten. Der Artikel erscheint uns wichtig genug, daraus einige Sätze wiederzugeben:

Wo wären heute die Arbeitnehmer ohne Gewerkschaften! Der Lebensstandard, die gesellschaftliche und staatliche Stellung der Arbeitnehmer stehen und fallen mit der Größe und Stärke ihrer Organisationen. Die Wirtschaft- und Sozialgeschichte kennt vor der Organisation der Arbeitnehmer nur Lumpenproletariat, also unterhalb ihres Existenzminimums vegetierende Menschen ohne Selbstbewußtsein und darum ohne Kraft zur Selbsthilfe. Der Tarifvertrag, fast das ganze Arbeitsrecht, alle neuere Sozialpolitik ist auf den Gewerkschaften aufgebaut und existierte ohne sie nicht. Welche großen materiellen Opfer haben ihre Mitglieder gebracht und bringen sie fortlaufend, um diese Erfolge zu sichern und auszubauen! Man kann sich ein Bild von der unheilvollen Bedeutung der Unorganisierten machen, wenn man weiß, wie oft die Unternehmer Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen ablehnen, weil die überwiegende Mehrzahl ihrer Arbeiter unorganisiert sei. Von all den feilschen und materiellen Anstrengungen von Arbeitnehmerorganisationen für ihre Gewerkschaften wissen und spüren die Unorganisierten nichts. Und trotzdem fliehen ihnen nahezu alle Kampferfolge der Koalitionen zu, fallen ihnen mißlos als Gabe vom Himmel in den Schoß. Damit schädigen sie aber auch die Allgemeinheit. Denn die Bedeutung der Gewerkschaften, die sie schwächen, geht heute weit über ihre Sorge für ausreichenden Lohn und erträgliche Arbeitszeit hinaus. Injere Reichsverfassung gibt ihnen wirtschaftspolitische Aufgaben und schafft die Grundlage für wirtschaftliche und soziale Selbstverwaltung. Gegenwärtig ist die öffentliche Bedeutung der Gewerkschaften schon so groß, daß das staatliche und wirtschaftliche Leben ohne sie nicht mehr funktionieren könnte. Und von den Vätern in diesen Organisationen, von den damit verbundenen Pflichten, halten sich die Unorganisierten fern. Sie schaden damit nicht nur ihren Arbeitskameraden, sondern auch ihrem Vaterlande... Wie ist die große Menge unorganisierter Arbeitnehmer zu erklären, welche seelischen Gründe sind hier entscheidend? ... Einmal ist es die unter den Menschen weit verbreitete Trägheit und Stumpfheit, die keine, auch nicht die geringste, Initiative aufkommen läßt. Die breite Masse der Arbeitnehmer, die täglich mehr als 10 Stunden arbeitet, ist ihr verständlicherweise besonders leicht verfallen. Der Durchschnittsarbeiter, der abends todmüde nach Hause kommt, will von Dingen, die nicht ganz unmittelbar mit seiner körperlichen Existenz zusammenhängen, nicht belästigt werden. Er lebt nicht, er dämmert nur dahin.

Weiter ist es die Furcht vor dem Arbeitgeber, die vom Eintritt in die Gewerkschaft abhält... Ihre erbärmliche wirtschaftliche Lage durch Generationen hindurch hat auch bei vielen Arbeitnehmern ein ausgeprägtes Minderwertigkeitsgefühl großgezogen. Das sind die, welche jede Ungerechtigkeit und Härte ruhig einsehen, weil sie viel zu sehr, ängstlich und bescheiden sind, überhaupt etwas anderes als Fußtritte vom Leben zu erwarten. Es fehlt ihnen, um mit Alfred Weber zu sprechen, das Selbstvertrauen, um „ihre eigenes Los mit eigener Kraft gestalten“ zu wollen; sie haben sich innerlich damit abgefunden, „den gekrümmten Knie gegenüber ihren Herren nicht mehr gerade rufen“ zu können. Und endlich kommen wir zum letzten wahrhaft unantastbaren verächtlichen Motiv: viele Arbeitnehmer bleiben den Organisationen aus schlauser Berechnung fern. Sie sparen materielle Kosten und vermeiden persönliche Gefahren und seelische Not, weil sie wissen, daß ihnen alle von den Organisationen erkaufte Vorteile sowieso zuteil werden. Zusammenfassend kann man sagen, die seelischen Gründe der Unorganisierten deuten weniger auf einen Intellekt - als Charaktermangel hin.“

Der Artikel der „Werkmeister-Zeitung“ schließt mit folgenden treffenden Worten: „Die Unorganisierten sind in den Augen der Gewerkschaftsmitglieder mit Recht: Menschen ohne Solidaritäts-, ohne Gemeinheitsgefühl, Streikbrecher in Permanenz. Ihre Erziehung muß deshalb mit Energie und ohne Glacéhandschuhe betrieben werden. Denn die Mängel der Unorganisierten liegen, um es nochmals zu sagen, weniger in ihrem Intellekt als in ihrem Charakter. Und der ist bei Erwachsenen nur mit einigen Härten zu bessern.“

Um den Kohlenpreis.

Ablehnung der ursprünglichen Erhöhungsanträge. — Einspruch des Reichswirtschaftsministers gegen Zellerhöhungen.

In der Sitzung am 27. Juni des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats wurden nach eingehender Erörterung die Preiserhöhungsanträge des Ruhrkohlen-Syndikats, des Nachener Syndikats und des Niedersächsischen Syndikats abgelehnt. Angenommen wurde ein eingeschränkter Antrag des Ruhrkohlen-Syndikats, der dahin ging, nur den Mager-, Gg- und Gasflammentkohlen einen Preisaufschlag von 7,5 Prozent zu gewähren. Der angenommene Antrag wurde jedoch von dem Vertreter des Reichswirtschaftsministers beanstandet. Die Preiserhöhungsanträge des Obersächsischen, Niedersächsischen und Sächsischen Steinkohlensyndikats wurden einem Unterausschuß zur Prüfung übergeben.

Zu dieser offiziellen, von der Geschäftsführung des Reichskohlenrats ausgegebenen Mitteilung sind einige ergänzende Bemerkungen zu machen. Das Rhein.-Westf. Kohlen-Syndikat hatte sich durch die schon einmal erfolgte Ablehnung seines Preiserhöhungsantrages und durch die deutlich abnehmende Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums nicht abhalten lassen, sein Begehren erneut den Kohlenwirtschaftsorganen vorzutragen. Der zur Nachprüfung der Unterlagen eingesetzte Sonderausschuß konnte zu keiner abschließenden Stellungnahme gelangen, so daß in der letzten Reichskohlenratsitzung eine ausgedehnte Erörterung über die Stichhaltigkeit des vom Syndikat beigebrachten Materials notwendig wurde. Auch diese Erörterung führte nicht zu einer Einheitslichkeit der Auffassung über die Notwendigkeit einer 7½-prozentigen Preiserhöhung. So wurde von Arbeitnehmer- und Verbraucherseite geltend gemacht, daß die vom Syndikat mitgeteilten Erlöszahlen allein keinen genügend beweiskräftigen Maßstab für die bergbauliche Rentabilität bilden, die vielmehr auch von den erzielten Handels- und Transportgewinnen, von dem Wert des sogenannten Werkselbstverbrauchsrechtes und von den Gewinnen aus der bergbaulichen Nebenproduktion bestimmt werde. Außerdem bestanden Meinungsunterschiede über die Höhe der Selbstkosten, wofür le-

diglich Nachrechnungen und sonstige Berechnungen, keineswegs aber exakte Statistiken vorlagen. Bei der Größe der Verantwortung und im Hinblick auf die weitreichende Bedeutung, die von allen Seiten der Kohlenpreistrage zugemessen wird, konnten sich die Arbeitnehmervertreter, denen sich ein Teil der Verbrauchervertreter angeschlossen, nicht dazu verstehen, auf Grund unvollständiger Nachweise dem Antrag der Ruhrkohle zuzustimmen. Das Rhein.-Westf. Kohlen-Syndikat hat die ihm obliegende Beweispflicht nicht ausreichend erfüllt.

Der gleiche Mangel ist bei dem Antrage des Nachener und Niedersächsischen Syndikats festzustellen gewesen, ganz besonders bei dem Nachener. Die Ablehnung auch dieser Anträge erfolgte daher zu Recht. Der schließlich, jedoch nur mit einer ganz geringen Mehrheit angenommene eingeschränkte Antrag der Ruhrkohle entbehrte von vornherein einer zahlenmäßig belegten Begründung. Ueberdies ist die Einschränkung gegenüber dem ursprünglichen Antrage, der ja Industriekohle, Koks und Briquets von der Erhöhung freiließ, so geringfügig, so daß man vergeblich nach einer plausiblen Erklärung für den Umfall einiger Verbrauchervertreter zugunsten des Antrages sucht. Das Betreten des Reichswirtschaftsministers gegen diesen Beschluß kam danach kaum mehr überraschend, um so mehr, da er in einer Rede auf der Hamburger Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstages sich kräftig gegen eine Erhöhung der Kohlenpreise ausgesprochen hatte.

Ueber die noch nicht verhandelten Erhöhungsanträge der übrigen Kohlenreviere wird auf der für den 13. Juli einberufenen Reichskohlenratsitzung nach Berichterstattung der Prüfungskommission entschieden werden. Zu erwarten steht auch, daß das Ruhrsyndikat seinen Antrag noch einmal erneuern wird, wie man leider auch den Eindruck haben kann, daß die mitteldeutschen Braunkohlensyndikats sich mit der vom Reichswirtschaftsministerium ergangenen Entscheidung nicht endgültig abfinden wollen.

Der Tätigkeitsbericht des Dinta.

Das „Deutsche Institut für technische Arbeitsbildung“ (Dinta) hat für die Unternehmer die Erziehung der Arbeiterschaft übernommen. Es will die Masse der Arbeiter zur Wirtschaftsfriedlichkeit, intelligentem Gehorsam und zu unermüdblicher Arbeitsfreudigkeit erziehen. „Die Arbeiterschaft muß einsehen, daß in der Industrie mehr gebient als verdient werden muß“, so umschrieb einmal Karl Arnold, der Leiter des Instituts, dessen Ziele. Die Gewerkschaftspressen hat sich in der letzten Zeit oft mit dieser neuen Bewegung beschäftigt. Wir können deshalb bei unseren Kameraden genügend Kenntnis über den Charakter des Dinta voraussetzen. Interessant ist, mit welchem Eifer die Industrie auf diese neue Arbeitspolitik eingeht. Im ersten Jahre seiner Wirksamkeit hat das Düsseldorf-Dinta-Haus 25 Ingenieure, eine Anzahl Meister und andere Hilfskräfte ausgebildet. Daneben wurden bei 28 Firmen Lehrwerkstätten und andere arbeitspolitische Einrichtungen aufgezogen. Soeben wird ein über weitere sieben Monate sich erstreckender Tätigkeitsbericht erstattet, der sehr merkbare Fortschritte anerkennen läßt. Aus den 28 Dinta-Firmen sind mehr als 100 geworden. Die Zahl der errichteten Lehr- und Unterwerkstätten beträgt 50. Eine Reihe weiterer sind geplant. Die Belegschaften dieser Werkstätten umfassen, ge-

ring gerechnet, 3500 Köpfe. Die einzelnen Industrien sind dabei folgendermaßen beteiligt:

Firmen oder Zechen	Lehr- od. Unterwerkstätten	Zahl der Beschäftigten
Steinkohlenbergbau	32	1929
Braunkohlenbergbau	12	275
Eisbergbau	1	45
Metallindustrie	51	600
Textilindustrie	7	357
Gummindustrie	1	?
Bankgewerbe	1	?
Alpine Montangesellschaft, Döberitz	1	?
Zusammen:	106	3206

Die Lehrlingsziffer ist in Wirklichkeit wesentlich höher, weil, wie oben ersichtlich, einige Gruppen Belegschaftszahlen gar nicht angeben und bei einer Reihe von Firmen der anderen Gruppen nur der Zuwachs des letzten Halbjahres, nicht aber die Zahl der schon vorhandenen Lehrlinge angegeben wird.

Auch die Anzahl der vom Dinta zentral redigierten Werkzeitlehrlingsblätter hat sich merklich gehoben. Erschienen bisher rund 40 solcher Blätter, so sind es jetzt 55. Auf die einzelnen Industrien verteilt, ergibt sich folgendes Bild:



Träume.

Ich sitze im Garten, unterm blühenden Lindenbaum, wie's nur so fein duftet! Und der Bienen flüchtiges Entled. Silbern blinzelt die Sonne durchs Geblätt des Lindenbaumes — weiße Wolken segeln mit weißblühenden Flügeln von Süd nach Nord. Ich freue mich meiner Blumen, so hell die Kelche, so reich die Blüten, so bunt die Stiermütchen. Und unter all meinen Blumen wächst auch ein fremdes exotisches Kind — ein junges Tabakspflänzlein. Das ward mir vom Gärtner geschenkt, bei dem ich meine Astern kaufte. Und gerade dieses einzige Tabakspflänzlein in meinem Garten macht mir unter allen meinen Pflanzen die meiste Freude. Warum? Wenn du 'n Dutzend Kinder hast, alle blond und blau — und du bekommst dann noch 'n dreizehntes Kind geschenkt, das braun oder schwarz ist, dann wird dir dieses besondere Kind unter all den blau-blonden Rangen die meiste Freude machen. Das Einzige ist immer wertvoll. Ueberfluß lähmt.

Es ist Nachmittag. Die Linde duftet. Die Bienen summen. Die Sonne blinzelt. Das Rotkühnwägen singt — langsam fallen mir die Augen zu, mit dem Alter wirst du müde. Und dann schlafe ich, unter der blühenden Linde — und ich träume — ich träume von meinem Tabakspflänzchen. Das wächst. Sein zartes grünlichgelbes Geblätt wird größer und größer: zuehends! Und dann blüht mein Tabakspflänzchen im Garten, blüht hoch und stolz: blauviolett! Und ich mache von meinem blühenden Tabakspflänzchen her einen Sprung — einen weiten Traumsprung, ich bin in der georgianischen Pyramide. Mächtig steigt die Pyramide des Donnerberges. Und im Hügellande der Pyramide sehe ich einen Bauern in seiner Tabakspflanzung fleißig hantieren. Er jätet Unkraut. Seine drei schönen Töchter helfen ihm.

Roch einen Traumsprung. Ich bin im Lande Baden. Dähtin die dunkle Silhouette des Schwarzwaldes. Hier unten in der badi-schen Ebene aber blüht das weiße Tabakfeld. Und der magere Bauer raucht behäuflich seine Pfeife, er überhauet sein reisendes Best. Und plötzlich sehe ich im Traume Pfalz und Baden als ein Ganzes, ringsher alles Tabak — lauter Pflanzungen. Und große Tabakstosser rufen daher, die den Tabakbauern die Ernte abkaufen. Und ich sah die Bauern ihre Schulden und ihre Steuern zahlen, was blieb ihnen? Nichts. Und ich sah den Händler des roten Tabakstrantes auf seinem Bureau in der Großstadt sitzen. Was für der Händler? Er zählte Geld, große Kassenscheine. Das war sein Profit als Mittler zwischen Tabakbauern und Tabak-händler. Die Händler waren in Bad Reichenhain — da trug sie beim Karawanzert ein Kollier von hellen Brillanten. Mir aber schenkte sie im Traume, als ob diese Brillanten am fetten Hals der Händler wären — Schwertschneppen seien, von Störne und Kladen der armen Tabakbauern in der Pfalz und in Baden.

Träume haben lange Beine, Träume sind gute Springer, mit einem einzigen Satz sprang ich von der Westküste Frankreichs über den Atlantik auf die westindische Insel Portorico hinüber. Hier ist es heiß. Berge stromerregt. Aber das Tabak-

kraut duftet, es wird geerntet von farbigen Mulatten, die jungen unterm sonnenjüngenden Werk. Im weißen Herrenhause aber trank der Plantagenbesitzer Cielimonade, er errechnete den Profit seiner Plantage — es reichte für eine Luxusreise nach Europa, auf eigener Yacht.

Land Virginien in den United States. Das Tabakfeld, schwarz blüht das dunkle Kraut, und pfechraubenschwarze Pflüger betreten das schwarzblühende Tabakstrauch. Diese Tabakpflanzung waren einst Sklaven, geraubt in Afrika — heute sind die Tabak-pflanzung frei. Sind sie wirklich frei? Wo Sire. Sie sind Lohnsklaven des Großgrundbesizers — der wohnt in einem Marmorpalast in der Bundesstadt Washington. Er ist Deputierter im Parlament. Mensch, was wüßte ich noch mehr!

Einen Sprung südwärts. Mexico. Vulkanen rauchen zum gläsernen Himmel. Die Sonne ist ein feuerprübendes Jaguar-maul. Und die armen Kreolen in der Tabakspflanzung leiden unterm Hiß des sonnigen Jaguarmaules. Die Tabakskreolen tragen breite Strohhüte, du siehst kaum ihr Antlitz, aber den verzweifelten Blick in ihrem Auge siehst du doch: Wir plagen uns — und der Grundherr in Mexico Citados — der ist der Schlaue, er lebt von unserm Schweiß und Blut in Saus und Braus. Wann werden wir revoltieren?

Laufe, was du laufen kannst — laufe du schnell hinweg über die Landenge Zentral-Amerikas — weiter — immer nach Süd — springe du über den Amazona-Strom hinweg — und dann bist du in Brasiliens reichster Tabakspflanzung. Am Felde arbeiten Italiener, arme Emigranten. Nie kommen sie aus den Schulden gegen den Grundherrn heraus — der gibt den Tabakarbeitern Lebensmittel und Kleidung auf Kredit, das muß abgearbeitet werden. Die Arbeiter wohnen in sonnenverglühnen Wellblech-baracken, der Grundherr wohnt in einem kühlen Palaste. Wenn arme, schöne Mädchen zu ihm ins Schlafzimmer kommen — dann gehen sie mit einer Handvoll Gold wieder fort. Wer verdient das Gold? Frage du die Sterne.

Fliege auf! Laufe du halb um den Erdball herum — lande unter Palmen. Wo bist du? Im malaiischen Archipel. In Süd-asien. Auf der Insel Sumatra. Braune Malaien tragen auf dem Kopfe schwere Tabakskugeln. Nun seien sie eine Handvoll Reis, das ist das ganze Mittagmahl. In Batavia, Stadt auf Java, da aber seien im blanten Klubhaus die Grundherrn gebatene Pfauen. Und sie beraten — wie man die rote „Kommunisten-gefahr“ am besten niederzartigt. Du aber denkst an Schillers Wort: Und findet der Mensch nirgends sein Recht mehr — dann holt er sich es herab von den Sternen. Malaien, wehr euch gegen eure weißen Herren. Das Herz aller freien Menschen ist mit euch!

Und mein Traum führte mich in die Heimat zurück. Deutsch-land. Die Tabakfabriken. Ich sah Männer tiegebeugt beim Zigaretten-drehen, alle waren traurig und mager, auf ihren Stirnen stand Rot neben Troß, um den Mund her glühte Bitternis. Wir wehren uns gegen die Ausbeutung durch den Fabrikanten — der rote Verband ist unsere Wehre — aber, wenn wir die tabakverarbeitenden Frauen und Mädchen alle zu uns kommen möchten, die Unorganisierten sind es, die durch ihre Verbandsgleichgültigkeit die Stoßkraft des Verbandes herabmindern.

Manchen sah das Antlitz gar aus wie ein Gebetsbuch — andere waren furchtbar — aber dort die rote Ernestine, deren feuriges Auge ist wie Blitz: Wir organisierten Mädchen sind verantwort-lich für die unorganisierten Kolleginnen, wir werden nicht ruhen, bis alles bei uns im Verbande organisiert ist. — So träumte ich. Der Unternehmer der Tabakfabriken — der aber träumte nicht, der handelte, er streute Nimmheitspulver auf die eine Seite, für seine „lieben gehorsamen Arbeiter“, auf der anderen Seite kullerte er mit der blutigen Pfeife — und dabei trat er mich auf den Fuß — au!, ich wachte auf.

Was war's? Eine Biene hatte mich gestochen, ich muß sie wohl im Schlafe irgendwie gedrückt haben. Die Biene ist tot. Traurig! Und ich lebe. Schön! Und der Lindenbaum duftet, und die Bienenbölter ernten, der einen Toten ungeachtet — geht die Arbeit weiter. Und jetzt stehe ich wieder vor meinem Tabakspflänzchen — aber es ist immer noch klein. Wann wird es wachsen? Mehr Sonne über den Garten — und auch mehr Sonne ins Herz der Menschen. Helfen wir alle mit. Sozialismus! Max Durlu.

Glossen zur Damen-Mode.

Um es gleich vorweg zu sagen: Eine Studie über die Mode der „Damen“ wird ganz von allein zu einem Stück Philosphie, — wenn durch ein männliches Temperament gesehen — über die „Damen“ selbst! Denn jede „Damen“ steht und fällt mit dem, was sie trägt, was sie anzuziehen hat, resp. nicht anzuziehen hat.

Nur zu selten wird eine „Damen“ angetroffen, welche etwas an sich selbst bedeutet. Die meisten „Damen“ sind doch nur hübsche Erscheinungen, prall aufgeblasene Gummibuppen, inwendig ganzlich hohl, nur die Mannequins ihrer Garderoben, die sind alles.

Daß wir uns verstehen: Mit „Damen“ ist hier gemeint jene Frau der „besseren“ Gesellschaftsklassen, welche mit starker Pelz-jacke angetan, schon des Vormittags, wenn „das Bol!“ arbeitet, durch die eleganten Geschäftstragen der City trippelt, sich die Säben besieht und hier und da kauft, was ihr Herz begehrt. Der Herr Gemahl kann es ja bezahlen! Und sie kauft aus Langeweile. Was soll sie auch sonst anfangen? Sie hat ja Zeit. Zu Hause hält sie sich Dienstmädchen, welche die Schmutzarbeit machen. Und keine Kinder zu haben, kann sie sich auch sehr wohl leisten. Madame wünscht eben keine Kinder! Es ist so schön, eine Frau zu sein!

Jede selbstbewußte Frau — und das ist sie kraft ihrer mo-dernen Kleidung — wird lächeln, wenn Männer sich über die Mode moquieren. Weiß sie doch zu genau, daß die raffinierten Mittel und Mittelchen der Mode zu ihrem vornehmsten Nützzeug, zur gefährlichsten Mechanik ihrer Sinnlichkeit gehören, die Männer zu blenden, zu fangen, zu fesseln, und daß kaum einer vom „starken“ Geschlecht solcher ästhetischen Sklaverei auf die Dauer widerstehen wird. Das so feltam erotische Fluidum, welches die ganze Groß-stadt durchfließt und elektrifizierend durchströmt, wird von den Wir-tungen der modernen Damenmode erzeugt und gespeist.

Was ist nun der Sinn der Mode? Die Frau stellt durch die Mittel der Mode jenes sinnliche Symbol auf, welches dem Trieb des Mannes zurzeit entspricht. Oder ist es umgekehrt, daß die Frau selbst ihren Reiztyp bestimmt, auf welchen dem Willen des Mannes, auf Neues stets begierig, nur zur reagieren bleibt? That is the question!

Hütten- und Schwerindustrie	13	Zeitungen
Steinkohlenbergbau	23	"
Braunkohlenbergbau	3	"
Maschinenindustrie	1	"
Chemische Industrie	1	"
Knallbergbau	1	"
Textilindustrie	1	"
Verkehr (Straßenbahn)	1	"
Zusammen:		47 Zeitungen

Zu diesen reimen, jeweilig nur für ein bestimmtes Wert erscheinenden Organen, kommen noch 8 Werkwochenblätter regionalen Charakters, die für alle Werte eines bestimmten Bezirks bestimmt sind. Die Wertzeitungen werden sämtlich umsonst an die Arbeiter der Werke abgegeben. Sie verkörpern teils den Typus des Familienblattes: Ratsschläge fürs Haus, die Frau als Mutter, kleine Gratianzeigen: „Kinderwagen zu verkaufen“ oder so ähnlich. Außerdem enthalten sie einen politischen und einen wirtschaftspolitischen Teil. Die Außenpolitik wird ungefähr im Sinne der Deutschen Volkspartei vertreten. Innenpolitisch ist man neutral-reaktionär. Der Wirtschaftsteil bringt viele Berichte über die Lage der Industrie. Hier wird immer grau in grau gemalt. Alles in allem: Die Dinta-Wertzeitungen sind scheinbar neutral, wirken aber unter diesem Deckmantel eine Menge politisches Gift in die Arbeiterschaft hinein.

Wenig sagt der Bericht über die den Lehrwerkstätten angegliederte Werkjugendpflege, die die Lehrlinge nach der Arbeitszeit bis in die stinkende Nacht festhält und beschäftigt. Man will dadurch vermeiden, daß sie mit anderen Arbeiterkreisen oder mit Frauen in Berührung kommen, die dem werkgemeinschaftlichen Geiste der Dinta-Erziehung abträglich sind.

Wichtig ist auch die Tatsache, daß in drei Fällen die Durchführung der Dinta-Einrichtungen auf genossenschaftliche Basis gestellt worden ist. Es handelt sich dabei um Bezirke, die viele kleinere und mittlere Betriebe beherbergen. Das Dinta will sich also durchsicht nicht nur auf die arbeitspolitische Durchbringung großer Werte beschränken, sondern auch in die Kreise der kleineren Unternehmungen vorstoßen. Diese genossenschaftlichen Dinta-Werte geben auch zugleich die Gelegenheit, einen Weg zu beschreiten, der es den Unternehmern gestattet, einen Teil der Kosten, die ihnen ihre arbeitspolitische Verursachung, auf die Schultern der Allgemeinheit abzuwälzen. Man hat in diesem und einem anderen Falle (Essen) die kommunalen Berufsschulen veranlaßt, entweder die Dinta-Lehrlinge in besonderen Klassen zusammenzufassen, oder einen Berufsschullehrer mit dem Werksschulunterricht zu betrauen. Hierzu muß geltend gemacht werden: Wenn die Unternehmer Einrichtungen schaffen, um die Arbeiterjugend nach ihrem Geschmack zu erziehen, so sollten sie die Kosten dafür auch selbst tragen. Die öffentlichen kommunalen Körperschaften haben keine Veranlassung und kein gesetzliches Recht, bestimmten Unternehmern in der Beschäftigung ihrer jugendlichen Arbeiter irgendwelche Sondervorteile zu gewähren! Die Arbeitervertreter jener Gemeinden sollten hier eingreifen.

Ueber die Ausbildung des Dinta-Erziehungspersonals macht der diesjährige Bericht keine Angaben. Dieser Zweig der Dienstleistung muß aber sehr erheblich sein, weil alle von dem Institut geschaffenen Einrichtungen und Organisationen mit Ingenieuren besetzt werden konnten.

Daß auch die Alpine Montangesellschaft in Österreich mit dem Dinta in Beziehung steht, dürfte für unsere österreichischen Kameraden von Interesse sein. Auch die Werbestätigkeit des Dinta ist noch immer sehr lebhaft. So hat Herr Arnold in den letzten sieben Monaten nicht weniger als 45 Werbevorträge in allen Teilen Deutschlands vor den an der arbeitspolitischen interessierten Unternehmern und Ingenieurorganisationen gehalten.

Die Dinta-Beute sind also sehr rührig und noch immer sehr optimistisch. Die Funktionäre, Betriebsräte und Gewerkschaftsleitungen haben alle Veranlassung, die weitere Entwicklung der Dinge genau unter die Lupe zu nehmen und unter den Kameraden ständig dem werkgemeinschaftlichen Dintageist entgegenzuwirken.

298 Arbeitsjahre einer Familie auf einem Wert.

„Es lobt den Mann die Arbeit und die Tat!“ Diese Zeitschrift über den Eingang zum Verwaltungsgebäude der Vereinigten Stahlwerke, Abteilung Dortmund Union, zeigt das neueste Bild

der Monatschrift des Stahltruffs einer Notiz, voran, die anzeigt, daß ein Arbeiter auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Millheim (Ruhr) eine ununterbrochene Tätigkeit von 60 Jahren jurisdigelt hat. Dabei wird mitgeteilt, daß der Vater des Jubilars 52 Jahre, seine beiden Brüder 65 und 41 Jahre und seine Söhne 21, 20, 11 und 11 Jahre auf dem gleichen Wert tätig waren oder sind. Das ist allerdings der Höhepunkt in der Arbeitertreue zu einem Wert. Man bedenke, es sind 112 Jahre her, daß der Vater des Jubilars auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte seine Tätigkeit begann und trotz seiner 75 Jahre steht dieser Mann noch immer im Dienste der Firma. Die betreffende Monatschrift benutzte die Gelegenheit, um für die Wertsgemeinschaft zu werben: „Vergessen wir am Ehrentage in der Festrede nicht den ersten Gedanken der Wertsgemeinschaft, den Hermann Seeger und die Seinen durch ihre Arbeit — insgesamt 208 Arbeitsjahre — (rechnet man die vorstehend mitgeteilten Jahreszahlen zusammen, dann kommt man nur auf 290 Jahre) auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte verkörpert.“ Dann wird hinzugefügt: „Möge dem Jubilare nach seinem schaffensfreudigen langen Wirken ein recht sonniger Lebensabend beschieden sein!“

Wenn jemand 75 Jahre alt ist, dann kann ihm nach menschlichem Ermessen kein sonniger Lebensabend mehr beschieden sein. Dann ist das Leben mehr oder weniger abgeschlossen und wir glauben, daß, wenn der Jubilar auf sein Leben zurückblickt, so ist es ein solches der Mühe und der Arbeit gewesen. Bei aller Achtung, die wir einer solchen langen Tätigkeit auf einem Wert entgegenbringen, können wir uns doch etwas Besseres denken. Durchaus sind wir der Meinung, daß ein Arbeiter nicht dazu verurteilt sein soll, sein Leben von der frühesten Jugend bis zum spätesten Alter auf einem Hüttenwert zu verbringen. Wir können uns denken, daß es für das betreffende Wert und für die menschliche Gesellschaft im allgemeinen viel lobenswerter gewesen wäre, wenn der Mann die letzten 15 Jahre sorgenfrei, von seiner Rente lebend, hätte verbringen können. Es wäre besser, wenn man in dieser Beziehung nach der vorstehend mitgeteilten Inforschrift fragen könnte: „Es lobt das Wert die Fürsorge und die Tat!“ Denn wenn eine Familie 208 Jahre ihres Lebens einem Werte gab, dann verdient ein Mann von 75 Jahren keine billigen Vorbeeren, sondern Ruhe. Das ist Aufheberei, hören wir sagen. Nun gut. Aber menschlich und sozial viel besser als alle Lobhuderei.

Aus dem russischen Bergbau.

Der gesamte russische Bergbau beschäftigt zurzeit ca. 180.000 Arbeiter. Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt in den Hauptrevieren: am Donez 84 Rubel, im Krivoi Rog 91 Rubel, im Ural 50 Rubel. Der Durchschnittslohn aller Grubenarbeiter beträgt 54 Rubel. Unter diesem Durchschnitt stehen die Löhne im konzeffionierten (privatkapitalistisch betriebenen) Bergbau in Georgien (Erze, Firma Hariman), im Fernen Osten (Kiewere Sachalin, Tojucha, Due, Ocha — japanische Unternehmer) und an der Lena (Gold, englische Unternehmer). Der konzeffionierte Bergbau beschäftigt im ganzen nur etwa 16.000 Arbeiter.

Wie im westeuropäischen Bergbau, werden auch die russischen Gruben entsprechend den zur Verfügung stehenden Mitteln rationalisiert und mechanisiert. Um eine billigere Betriebsweise und eine höhere Leistung zu erzielen, ist das sogenannte Sparregime eingeführt worden. Danach sollen die Selbstkosten gedrückt, die kaufmännische und technische Betriebsweise vereinfacht, die bürokratischen Hemmungen beseitigt werden. Anstatt aber dieses Sparsystem von oben anzufangen, wird es in vielen Fällen von den Grubenverwaltungen in entgegengekehrter Richtung praktiziert. Das führt natürlich zu Konflikten und ständigen Reibungen zwischen Arbeitern und Beamten. Statt in aufsteigender Linie, befinden sich die Löhne manchmal in absteigender Linie. So berichtet der Moskauer „Trud“ aus Gorkulofa (Donezrevier), daß der durchschnittliche Lohn eines Grubenarbeiters im Oktober 56,72, im November 54,73 und im Januar nur noch 48,97 Rubel betragen habe. In der gleichen Zeit fiel der Stundenlohn von 81,27 auf 68,36 Rubel. Ein zweites Beispiel liefert die Grube Nr. 8, wo die Löhne infolge ganz niedrigen Bedingens und schlechter Abbauverhältnisse nur 3,50 Rubel betragen konnten. Als alle Vorstellungen seitens der Arbeiter nichts fruchteten, führten einfach zwei Schichten nicht an, obwohl der Streik innerhalb der

Sowjetunternehmungen eine sármere Tobflunde ist. Erst dann wurden die Bedinge um 25 Prozent aufgebessert.

Das Verhältnis zwischen Bergarbeitern und Grubenbeamten scheint auch kein freundliches zu sein. Ein Zirkular des Vorstandes des ukrainischen Bergarbeiterverbandes an seine Zahlstellen beleuchtet dieses Verhältnis folgendermaßen:

„Die komplizierte und verantwortliche Tätigkeit der Spezialisten (d. h. der technischen Beamten) erfordert eine ruhige Beurteilung. Eine Reihe von anormalen Verhältnissen, die in dieser Beziehung noch vorherrschen, verletzen die Spezialisten in eine schwierige Lage. Die Arbeiter betrachten mitunter die wirtschaftlichen Anordnungen der Spezialisten als Beschränkung ihrer Interessen. Die Proteste gegen die Beachtung gegen die führende wirtschaftliche Linie durch die Spezialisten äußern sich in Beleidigungen, Drohungen, gerichtlichen Auseinandersetzungen und Gewalttätigkeiten. In letzter Zeit sind sogar einige Fälle von Attentaten auf das Leben der Spezialisten vorgekommen.“

Der Vorstand beauftragt deshalb die Zahlstellen, die Arbeiter über die Rolle des technischen Personals in der Sowjetwirtschaft aufzuklären und einen entscheidenden Kampf gegen die Exzesse einzuleiten. Bei gewalttätigen Angriffen auf das technische Personal müssen die Verbandsorgane eine öffentliche Verurteilung der Schuldigen organisieren und den Fall den Gerichtsbehörden zur schnellen Erledigung zuleiten.“

Nach dieser verbandämlichen Auslassung, die sich gerechterweise auch gegen die Beamten wendet, die den Arbeitern eine grobe Behandlung angeheißeln lassen, muß das persönliche Einvernehmen zwischen beiden Parteien schon ganz auf den Hund gekommen zu sein. Warum die Bergarbeiter einen solchen Haß auf die Beamten haben, kann man sich schon denken: die Beamten fühlen sich eben wie ebenedem als Herren ohne soziales, ohne wirklich kommunistisches Gewissen, die Arbeiter dagegen betrachten sie als ihre Untergebene, als Knechte. Oder aber sie handhaben das von oben befohlene „Sparregime“ in so rigoroser Weise, daß die Arbeiter notgedrungen auffällig werden müssen.

Bei solchen Verhältnissen darf man sich auch nicht wundern, wenn die Arbeitsfreudigkeit unter den Bergarbeitern keine besonders große ist. Die Bummelschichten weisen im allgemeinen einen ziemlich hohen Prozentfuß auf. Dieser beträgt z. B. im Donezrevier etwa 20. Allerdings sind darin auch Krankfeier- und ähnliche Feiertage enthalten. Die Bummelschichten werden besonders durch den steigenden Verbrauch von Alkohol verursacht. Für diesen Zweck gibt der russische Bergarbeiter durchschnittlich 3,75 Rubel pro Monat aus. Nach den Lohntagen „lebt“ er befonders gut. Die Folgen äußern sich dann in tagelanger „Arbeitslosigkeit“, übermäßigen Streichen, Fäulereien und Schlägereien. Das Nondyrium hat schon einen solchen Umfang angenommen, daß dagegen öffentliche „Kreuzzüge“ geerdigt werden. Diese Erscheinungen sind natürlich nicht zu verallgemeinern, sie sind auch nur den dazu qualifizierten Individuen eigentümlich, desgleichen sind sie in anderen Berufen gleichermaßen anzutreffen. Aber in den russischen Zeitungen haben diese Erscheinungen eine ständige und umfangreiche Rubrik.

Inzwischen schreitet die Mechanisierung der Gruben rüftig voran, besonders im Bereiche des Kohlentruffs Donez. Die deutsche Firma Thyssen teuft drei Schächte ab mit einer Jahresförderung von 65 Millionen Kubd Steinkohlen (1 Kubd = 16 2/3 Kubf). Mit den leitenden Arbeiten sind 75 deutsche Techniker und Meister betraut worden. Außerdem sind die dafür notwendigen Maschinen aus Deutschland bezogen worden. Die in Deutschland bestellten Maschinen für die ukrainische Industrie erforderten einen Kostenaufwand von 10,5 Millionen Rubel, wovon 60 Prozent allein auf den Bergbau entfallen. Außerdem bemüht sich ein Vertreter des Thyssen-Konzerns um die Konzession zur Verrichtung von Kohlenfeldern in Turkestan und Usbekistan, wo dann der Konzern Schächte niederbringen und Kohlenabern ausbeuten will.

Desgleichen erhielt die amerikanische Firma Sullivan einen bedeutenden Auftrag auf Lieferung von Kohलगewinnungsmaschinen. Der Vertreter der Firma, Ingenieur Volk, bereiste unlängst das Donezrevier, wo schon über 300 „Sullivaner“ arbeiten und 135 neue unterwegs sind. Die Grubenverwaltungen sind, wie sie versichern, mit den Maschinen vollauf zufrieden, da sie den erwarteten Effekt leisten. V. K.

komplette Kleidungsstück sein, welches die „Dame“ anhat. Wenn der Mod gänzlich verschwinden ist, wird der Strumpf das ganze Bein und die Hüfte zu bedecken haben. Denn das Höchsten existiert schon heute kaum mehr. Es ist zum winzigen Anhängel am Damenbein zusammengedrumpft. Das heißt man Demdhoje.

Zugegeben, daß es überall sehr viel schöne und elegante Frauenbeine gibt, von denen der alte Jesus Strach sprach im Beispiel von den „goldenen Säulen auf silbernen Füßen“. Aber auch ebenso viele schauerhaft häßliche und trümmer, zu diebe oder zu dünne Frauenbeine auf verdrehten und verdrehten Füßen sind überall zu sehen. Man sollte denken, daß mit den letzteren die weibliche Eitelkeit jene Mode der kurzen und aller kürzesten Röcke nicht mitmachen würde. Aber weit gefehlt! Weibliche Hygiene ist grundlos und ihre Logik denkt weiter als ein Mann sich träumen läßt: Lieber häßlich als unmodern! Sonst würde ja solche Frau, welche tatsächlich häßliche Beine hat, außerdem noch selbst ausgehen, daß es so ist. Sie hätte also zweimal verspielt auf der Heiratbörse, auf dem Fleischaufmarkt der konturierenden Frauen. Um Himmelswillen!

Letzten Endes bleibt ein Satz bestehen und wird zu allen Zeiten wenn auch „unmoderne“ Geltung behalten: Die besten Frauen sind die, von welchen man weder spricht noch schreibt und nach welchen auf der Straße niemand sich umhört! Hans Hilmar.

Tageszeiten der Stadt.

Lebendiger als jeder Organismus ist die Stadt. Subtil wie eine Frau, ist ihr Gesicht den Zeiten des Tages unterworfen.

Die Straßen sind die Linien in ihrem Antlitz: voll strahlender Heiterkeit am frühen Morgen, noch ein wenig überhattet von der fatten Ruhe nächtlichen Schlafes, am wenigstens lärmend und pflichtgepannt am Mittag; am Abend lässig, ermüdet und eine kleine Faste in den Mundwinkel; und in der Nacht übersteigert, Mühselig niederzwingend durch letzte Hochspannung der Kräfte, die in tobende Lustigkeit umschlägt.

Man verläßt das Haus. Ein knabiger Teppich dehnt sich der Asphalt überwölbt von dämmerndem Frühlingmel. Sperlinge hüpfen auf dem Fußsteig, eine Rabe hüht in eine angelehnte Tür. Dort klingt der Schritt an den Häusern wider; langsam beunruhigend ist diese ungewohnte Ruhe und Schläfrigkeit. Man kommt durch Anlagen und wundert sich, daß die Baumblätter, wenn Wind durch die Zweige fährt, ebenso rascheln wie ihre Geschwister in den Wäldern. — Erreicht die Innenstadt und sieht erstaunt, daß über allen Schaufenstern schützende Kolläden sind: eiserne Lider über lodende Augen. Träumend stehen einzelne Taximeter beifammen; schnarrend sitzen ihre Führer im Innern. Tramwaybahnen blinken tauchsilbernen; Leitungsdrahte, dünne schwarze Linien, begleiten sie ins Unendliche. Klöschlich fallen taktische Schritte in die Stille: aus dem grauen Licht kommt ein Trupp Arbeiter hervor, schlendernd Egehirne in der Hand und die Hände zwischen den Lippen. In den Gesichtern nistet noch der letzte Atemzug ungenossenen Schlafes. — Aus einer Seitengasse legt eine Straßenreinigungsmaschine; die ersten Elektrischen — vereinigte Motarwagen — brechen in den jungen Tag; vereinigte Radfahrer nahen; Landfuhrwerke mit Obstkörben und geschäftigem Gemüde; Postautos und Straßenbahnzüge; An-griffssignale eines neuen Arbeitstages. Fenster-

läden werden aufgestoßen; ein gelbes Gesicht, das im Rahmen hängt wie ein aufgedunener Mond, reizt zum Lachen.

Im Mittag wibelt Staub. Man mügte kaum davon, wäre man nicht in einem Sonnenstrahl, der quer über den Platz fällt. Myriaden Buntkäfer flirren. Doch da ist schon die Radfahrerschlange vorbei, man geht auf den anderen Fußsteig, nervös schwinnt man mit im Strom eilender Menschen. Kempelt eine Gruppe Wandlerer an, die nichts Besseres zu tun haben, als sich in dieser Flutzeit Rendezvous zu geben. — Liebertrachtet fahren die Trams dicht hintereinander; Geschäftshäuser werfen die Angestellten aus wie ein Flugbagger Kieselsteine. Ueber den Köpfen der Passanten schwebt eine trübe Tonemasse: das singende Geräusch der Straßenbahnen, das sich mit dem langgezogenen Sirenegeheul der Autos mischt; hastiges Niedergetrappel, Wagenrollen, das von dem hellen Klingelton der Radfahrer überstrahlt wird; die Viertaktmelodien ungeduldiger Motoren, die die großen Stimmen marktschreierischer Obblutdrücker niederknattern. — Ein Brodem lagert in den Straßen: ein jektames Gemisch aus Arbeit, Staub, Parfüms, Refraurationsfischen und Benzin. — Jede Bewegung ist hastender Vorwärtsdrang: Eile, Lieberführung, als hinge an einer einzigen Minute, die verärrmt wird, ein Lebensschicksal. Pulsschlag der Großstadt im Zenith des Tages.

Ueber der Abend atmet Entspannung. Wieder öffnen sich die Pforten der Geschäfte; aus weiträumigen Säulern strömen die Scharen der Angestellten auf die Straßen: viele matte, blasse Gesichter; doch die Wäldchen mit leichterem Gang; befreit und glücklich. In gelötten Mienen ist die Zufriedenheit über einen abgelebten pflichtgefättigten Tag. Bummelnd schlendern Mädchen Arm in Arm nach Hause; Jünglinge jonglieren verwegene mit ihren dünnen Spazierstöcken, und herausfordernd blauen sie Zigarettenrauch in die Feierabendstunde. In Futterwarenläden ist letztes Drängen; man sieht viele kleine Pakete in Frauenhänden. — Ist es Täuschung; fahren die Elektrischen nicht friedlicher, und sind die blechern Stimmen der Doh- und Schubbhandverkäufer nicht gedämpfter? Selbst der Bettler, der sein plattiertes Gebrechen an Häuserwänden zur Schau stellt, träumt resigniert über das Ergebnis eines Tages. — Mitter liegt das Licht an den Mauern; bald werden alle Konturen sich lösen.

Warme Nacht voll bezwingendem Zauber. Blauweiß prubt Bogenlampenlicht über die Dunkelheiten der Straßen und Promenaden. Alle Schatten auf den Wegen, zwischen Telegraphenstangen und Blumen, sind rätselhafter als in der Grelle des Tages. Musik klingt fern aus Kaffeekaugärten. Vielleicht trägt die Lust nur einen listigen Schläger, doch, wie er lockt und sich paart mit der lauen Wärme der Nacht, sind die Diebstojungen der Kleider den Mädchen und Frauen; jederder sind die Schwünge ihrer leichten Hüften. Worte sind wie Gezip durftiger Vögel; Hoffnung und Erfüllung, letzte Wünsche und tiefstes Begehren tanzen unter dem gestirnten Himmel den ewigen Fingelreihen blutvollen Lebens. — Ueber auf dem Fluß spiegel sich die Lichter und die Refleze der Häuser; doch die blendende Flamme durchdringt nicht die schwarze Masse der Wellen; dumpf und ruhig wälzt sich der Strom unter der unermeßlichen Wölbung des nächtlichen verlängerten Tags, toll giftig illuminiert in Spelunken und Palästen der Fremde; tanzt das gehekte Leben weiter. — umschlungen von den ewigen Fäden des Schicksals. Karl Offenburg.

Lohn- und Tarifverhandlungen.

Stellungnahme der mitteldeutschen Bergarbeiter zum Tarifvertrag und zur Arbeitszeiffrage.

Am 26. Juni fand in Halle eine stark besuchte Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterverbandes für den Bezirk Halle statt, die sich mit den Ergebnissen der kürzlich stattgefundenen Manteltarifverhandlungen und der praktischen Durchführung der verkürzten Arbeitszeit für die Tagesbetriebe ab 1. Juli befaßte.

Den Bericht über die Manteltarifverhandlungen gab Bezirksleiter Mebdigan, der in leicht verständlichen Ausführungen darlegte, daß es die Absicht der Unternehmer gewesen sei, das Verhandlungsmonopol der anerkannten Gewerkschaften durch die Gelben und Werksgemeinschaften zu brechen. Das müsse verhindert werden, weil diese von den Herrenbesitzern besonders gefährlichen Vereinstellungen schon ihrer Zweckbestimmung nach niemals die Interessen der Bergarbeiter vertreten können. Die Absicht der Arbeitgeber sei mit Erfolg abgewehrt worden.

Er führte weiter aus, daß die Arbeitgeber jede Mitwirkung der Betriebsräte bei der Durchführung des Tarifvertrages ausschalten wollten; auch diese Absicht des Herrschaftsstandes mußte sie ihnen vorbehalten. Es verbleibe bei der Mitwirkung der Betriebsräte.

Der Referent erklärte dann im einzelnen die erzielten Verbesserungen. Die Jugendlichen, die bisher keinen Urlaub erhalten, erhalten in Zukunft drei Tage; ebenso erhalten abführende Bergarbeiter den anteiligen Urlaub. Das Gehältsgehalt habe eine ähnliche Erhöhung erfahren. Auch der jahrelange Streit um die Arbeitszeit der Pumpenwärter in Tiefbanen sei endlich erledigt durch die nunmehrige Tarifbestimmung, daß für diese Arbeiter die 8. bzw. 8 1/2-stündige Schichtzeit in Frage komme.

An der sich anschließenden lebhaften Ansprache wurden eine Reihe von berechtigten Klagen aus den Revieren vorgetragen; im übrigen aber wurde den Verhandlungsergebnissen zugestimmt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Bezirksleiter Mebdigan über die praktische Durchführung der verkürzten Arbeitszeit auf Grund der Schiedssprüche vom 22. 4. und 1. 7. 1927. Er empfiehlt, um jede Durchbrechung der Bestimmungen des Schiedsspruchs zu vermeiden, diesen ausnahmslos strikte durchzuführen, die vom Arbeitgeberverband den Werken empfohlene Einführung der sich fortgesetzt anhängenden Schichten sowie der freie Sonnabend, so weit diese Maßnahmen ausführen können, als ungenügend abzulehnen. Ganz besonders ermahnte er die Betriebsräte, Vereinbarungen hinsichtlich der Arbeitszeit keinesfalls ohne Mitwirkung der Organisationen zu treffen.

Auch dieser Tagesordnungspunkt entfehlte eine lebhafte Debatte. Ueber einstimmig jedoch bestand darin, daß ab 1. Juli 1927 nach den Weisungen gehandelt wird, die die Delegierten in der Konferenz erhalten haben. Mit einem aufmerksamen Schlusswort, den Verband zu stärken für kommende Kämpfe, schloß Kamerad Mebdigan die arbeitsreiche, von äußerster Sachlichkeit getragene Konferenz.

Schiedsspruch.

In der Manteltarifverhandlung im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hat die vom Sachverständigen des Reichsarbeitsministeriums gebildete Schlichterkammer auf Grund der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 22. und 23. Juni 1927 folgenden Schiedsspruch gefällt:

Der Manteltarifvertrag im mitteldeutschen Braunkohlenrevier vom 20. September 1925 wird um nachstehenden Abänderungen und Ergänzungen wieder in Kraft gesetzt:

§ 2. Anstelle der Worte: „ferner die Regelungen, soweit ihre Vollziehung nicht zur Anknüpfungsbereitschaft gebührt“ treten die Worte: „ferner die Worte, soweit ihre Vollziehbarkeit nicht der Anknüpfungsbereitschaft oder dem Reichsanknüpfungsbereitschaft angeht.“

§ 2 Ziffer 2 erhält folgende Anmerkung: „Soweit nach der neuen Fassung des letzten Satzes Abänderungen gegenüber dem bisherigen Zustand einzutreten haben, treten diese erst mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab in Kraft.“

§ 3, 1. Ziffer 1 Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut: „Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden einschließlich einer halbtägigen Ruhepause im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 3 Absatz 1 Unter Tage, Ziffer 1 erhält folgenden Wortlaut: „Als Arbeiter unter Tage gelten alle in der unterirdischen Streckenausbau, im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 3 Absatz 1 Unter Tage, erhält folgende neue Ziffer 2: „Die Jugendlichen unter Tage, die bisher der Schichtbedienungsarbeiten im Streckenausbau, im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 3 Absatz 1 Unter Tage, erhält folgende neue Ziffer 3: „Die Jugendlichen unter Tage, die bisher der Schichtbedienungsarbeiten im Streckenausbau, im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 3 Absatz 1 Unter Tage, erhält folgende neue Ziffer 4: „Die Jugendlichen unter Tage, die bisher der Schichtbedienungsarbeiten im Streckenausbau, im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 3 Absatz 1 Unter Tage, erhält folgende neue Ziffer 5: „Die Jugendlichen unter Tage, die bisher der Schichtbedienungsarbeiten im Streckenausbau, im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 3 Absatz 1 Unter Tage, erhält folgende neue Ziffer 6: „Die Jugendlichen unter Tage, die bisher der Schichtbedienungsarbeiten im Streckenausbau, im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 3 Absatz 1 Unter Tage, erhält folgende neue Ziffer 7: „Die Jugendlichen unter Tage, die bisher der Schichtbedienungsarbeiten im Streckenausbau, im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 3 Absatz 1 Unter Tage, erhält folgende neue Ziffer 8: „Die Jugendlichen unter Tage, die bisher der Schichtbedienungsarbeiten im Streckenausbau, im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 3 Absatz 1 Unter Tage, erhält folgende neue Ziffer 9: „Die Jugendlichen unter Tage, die bisher der Schichtbedienungsarbeiten im Streckenausbau, im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 3 Absatz 1 Unter Tage, erhält folgende neue Ziffer 10: „Die Jugendlichen unter Tage, die bisher der Schichtbedienungsarbeiten im Streckenausbau, im Streckenausbau, in der Tiefbauuntertage während der Bergbauarbeiten, sowie diejenigen, die vom Tagebau aus Entschärfungsarbeiten ausführen.“

§ 10 Ziffer 5 Satz 1 erhält folgenden Wortlaut: „In dringenden Fällen (z. B. mit Rücksicht auf die Kohlenmarktlage) kann im Einvernehmen mit den Tarifparteien eine Einschränkung der Urlaubsdauer erfolgen; jedoch wird in diesen Fällen für die ausgefallenen Urlaubstage neben dem Arbeitslohn die tarifmäßige Urlaubsgeldzahlung gezahlt.“

§ 10 erhält folgende neue Ziffer 10: „Ausstehende Arbeiter haben Anspruch des nach den vorstehenden Bestimmungen zu berechnenden Urlaubs, welcher ihrer Tätigkeitszeit bei ihrem Arbeitgeber innerhalb des Urlaubsjahres entspricht (1 Monat Tätigkeitszeit = 1/12 des ausstehenden Urlaubs aufgerundet auf volle Tage). Ein Anspruch auf Urlaub besteht nicht im Falle der freistufigen Entlassung aus gesetzlichen Gründen.“

Die Protokollarische Festlegung § 10, zu Ziffer 4, erhält folgenden Wortlaut: „Für die Berechnung der während des Urlaubs an den Arbeitgeber zu gewährenden Bezüge wird der Durchschnittsverdienst zugrunde gelegt, den die Arbeitergruppe des Braunkohls auf der betreffenden Anlage in dem Monat verdient hat, der dem Urlaubsmonat vorangeht, wobei etwa eintretende Lohnänderungen voll zu berücksichtigen sind.“

§ 11 Ziffer 1 Absatz 1: Die Worte: „ausnahmsweise verbeizaltet“ fallen fort. Hinter das Wort „Arbeiter“ ist zu setzen: „die Dauerhaltungsverhältnisse im Sinne der Ziffer 1 A sind.“

§ 12 Ziffer 2 Satz 2. Hinter „gemeldet“ ist zu setzen: „sowie für vorläufig oder grobhaftiglich verschuldet.“

Protokollarische Festlegung § 13 Ziffer 1. Die Worte „für die Handwerker“ fallen fort. Anstelle der Worte „ihres Werkzeuges“ treten die Worte: „des Werkzeuges und Gerätes.“

§ 21 Ziffer 1. Die Worte „1. Oktober 1925“ sind zu ersetzen durch „1. Juli 1927“.

§ 21 Ziffer 2. Anstelle „31. März 1927“ tritt: „30. Juni 1928“.

Bereinbarung

über die Arbeitszeit der Pumpen- und Motorenwärter unter Tage.

1. Als Arbeitszeit der unter Tage beschäftigten Pumpen- und Motorenwärter unter Tage gilt die im Mehrarbeitsabkommen für den Untertagebetrieb festgelegte Arbeitszeit.
2. Im Falle ihrer Zustimmung können die Pumpen- und Motorenwärter wie bisher im Zweischichtensystem beschäftigt werden. In diesen Fällen ist der Unterschied zwischen der in Ziffer 1 genannten Arbeitszeit und der 10stündigen Arbeitszeit als Ueberarbeit, d. h. mit dem in Frage kommenden Schichtlohnanteil, vermehrt um den Ueberstundenzuschlag von 25 Prozent, zu bezahlen.
3. Für die zurückliegende Zeit tritt eine Mehrbezahlung nicht ein.
4. Diese Vereinbarung tritt am 1. Juli 1927 in Kraft und läuft wie das Mehrarbeitsabkommen.

Die Lohnverhandlungen für die Braunkohle des Dürener Mandreviers abgeschlossen.

Nachdem die vertragstretenden Parteien für das Dürener Braunkohlen-Mandrevier sich in der am 11. Juni d. J. stattgefundenen Lohnverhandlung nicht verständigen konnten, wurde von den Arbeitnehmerorganisationen der staatliche Schlichter in Köln angerufen. Es haben am 21. Juni neue Verhandlungen unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für Rheinland, Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Siller stattgefunden. Nach stundenlangen Verhandlungen wurde folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Lohnsätze der Lohnliste erhöhen sich ab 1. Juni 1927 um 6 Prozent und ab 1. Oktober 1927 um ein weiteres Prozent der bisherigen Löhne mit der Maßgabe, daß die ungelerten Arbeiter über 20 Jahre vom 1. Oktober ab mindestens einen weiteren Prozent Lohnerböhung erhalten. Bei der Umrechnung werden Viertels-Bruchteile von 0,1 bis 0,4 nach unten und von 0,5 bis 0,9 nach oben abgerundet.
2. Die Jugendlichen Arbeiter unter 17 Jahren und die Lehrlinge erhalten einen bezahlten Urlaub von drei Tagen. — Diese Bestimmung soll Bestandteil des Rahmentarifvertrages sein.
3. Das Lohnabkommen ist mit einmonatiger Frist kündbar, erstmalig zum 31. August 1928.

Bisher war es üblich, daß immer im Anschluß an die Verhandlungen des linksrheinischen Braunkohlenreviers für das Dürener Mandrevier abgeschlossen wurde. Dadurch wurde die ursprüngliche Lohnliste, die zwischen den beiden Revieren bestand, immer größer und untragbarer. Um diese Schwere zu beseitigen, wurde diesmal der Schlichter angerufen. Dem jähen Festhalten der Arbeitervertreter ist es gelungen, eine bessere Vereinbarung wie für das linksrheinische Revier herauszuholen. Dort waren 5 Prozent Lohnerböhung vorgesehen, hier bei uns sind es 6 bzw. 7 Prozent, und wird dadurch die Schwere wesentlich verringert.

Kameraden! Wenn dieser Erfolg auch kein riesengroßer war, so ist es aber immerhin — und das ist nicht zu bestreiten — ein Erfolg. Ein weiterer Erfolg ist ebenfalls die Sicherung eines dreitägigen Urlaubs für die Lehrlinge und sonstigen Jungkammeraden unter 17 Jahren. Die Jungkammeraden der Braunkohle sind dadurch denen der Steinkohle gleichgestellt und ist durch diese Regelung eine die berechtigende Forderung der Gewerkschaften zugunsten des Jungproletariats erfüllt.

Gesamttätigkeit im Siegerländer Eisenbergbau.

Die Schlichterkammer hält und verkündete nachstehenden Schiedsspruch:

1. Die bisher bestehende Arbeitszeitregelung wird ab 1. Juli 1927 wieder erneuert mit folgenden Abänderungen: Absatz 2 in Ziffer 1 erhält als Nachsatz: „In den Betrieben, in denen bisher 8 1/2 Stunden unter Tage gearbeitet wird, ist diese Vereinbarung zu erneuern, falls weiterhin 8 1/2 Stunden gearbeitet werden soll.“
- Im Absatz 3 wird die Zahl 30 durch 34 ersetzt. Dieser Absatz erhält folgenden Nachsatz: „Soweit die notwendigen Einrichtungen eines Betriebes der 10stündigen Schichtarbeitzeit den ungedeckten Betriebsbedarf nicht ermöglichen, so können mit der Betriebsleitung des drei wechsellösenden die Schichtvereinbarung“

bart werden. Auf Wunsch einer oder beider Parteien sind die wirtschaftlichen Vereinigungen zu den hierzu notwendig werdenden Verhandlungen hinzuzuziehen.“

Ziffer 2 erhält folgende Fassung: „Für die neunte Stunde wird ein Zuschlag von 15 Prozent von 1/12 des Schichtlohnes, für die zehnte Stunde ein solcher von 25 Prozent von 1/12 des Schichtlohnes gezahlt. Wenn an einzelnen Wochentagen länger als 9 Stunden gearbeitet wird, um dadurch die Samstagsschicht unter 9 Stunden zu verkürzen, so gilt für diese Ueberarbeit der Zuschlag der neunten Stunde.“

Ziffer 3 lautet: „Diese Regelung kann mit monatiger Frist gekündigt werden, erstmalig zum 1. April 1928.“

11. Die Lohnliste vom 25. Januar 1927 wird ab 1. Juli 1927 mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß die darin verzeichneten Schichtlöhne um 1 Prozent erhöht werden.

Diese Regelung kann erstmalig mit monatiger Frist zum 1. Oktober 1927 gekündigt werden.

Lohn- und Tarifverhandlungen im bayerischen Bockholzenbergbau.

Zu Verhandlungen über den Antrag unseres Verbandes auf Wiedereinführung der tariflichen Arbeitszeit nebst einer Lohnerböhung von 10 Prozent ab 1. Juli fand am 21. Juni in Nürnberg unter Vorsitz des Landesrichters eine Sitzung statt. Nach längeren Verhandlungen gaben die Arbeitgeber die Erklärung ab, es sei für sie gänzlich unmöglich, für die Untertagearbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit zu bewilligen. Der Vertreter der Oberbayerischen Aktiengesellschaft drohte sogar mit Stilllegung der Grube in Benzberg, wenn dem Antrag der Arbeitnehmer stattgegeben würde. Das einzige Zugeständnis der Arbeitgeber bestand darin, für einzelne Gruppen über Tage eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuführen. Aber auch hier wollten sie keine Gruppen namhaft machen und festlegen, um wieviel die Arbeitszeit verkürzt werden sollte, sondern die Regelung dieser Frage sollte betrieblich geregelt werden unter Hinzuziehung von Organisationsvertretern.

Unter diesen Umständen war keine Einigung zu erzielen. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten es nach wie vor ab, mit den Arbeitgebern eine Vereinbarung abzuschließen, in der nicht eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter über und unter Tage enthalten sei. Auf der anderen Seite lehnte der Schlichter es ab, einen Schiedsspruch zu fällen, da er über die Lage der Werke nicht genügend orientiert sei. Er ersuchte aus diesem Grunde die Parteien, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Verfahren zwei Monate ausgesetzt werde, um dem Schiedsgericht Gelegenheit zu geben, die Werke zu besuchen und die Durchführbarkeit der Forderungen zu prüfen. Diesem Vorschlag wurde von beiden Seiten zugestimmt. Die neuen Verhandlungen finden im Monat August statt.

Ueber die Zuschläge für Ueberarbeit ab 1. Juli auf Grund des § 6a der Arbeitszeitverordnung schlugen die Arbeitgeber als vorläufige Regelung 10 Prozent vor. Nachdem dieser Vorschlag als ungenügend und unbillig von den Arbeitervertretern abgelehnt wurde, wird nunmehr der Landesrichter die Höhe des Zuschlages festsetzen.

Amtl. Wahlergebnis zur Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets.

1. Gruppe der Arbeiter.

Es sind insgesamt 239 140 Stimmzettel abgegeben worden. 1515 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt. Von den 237 625 gültigen Stimmen entfallen auf:

Liste 1: Verband der Bergarbeiter Deutschlands	163 745
Liste 2: Gewerkschaft der Bergarbeiter	62 782
Liste 3: Poln. Berufsvereinigung, Abt. Bergarbeiter	4 166
Liste 4: Christl. Dunder, Abt. Bergarbeiter	6 952

Hiernach sind gewählt aus:

Liste 1: 15 Mitglieder und 13 Stellvertreter,
Liste 2: 5 Mitglieder und 6 Stellvertreter,
Liste 3: — Mitglieder und — Stellvertreter,
Liste 4: — Mitglieder und 1 Stellvertreter.

Die Wahlbeteiligung betrug 63,96 Prozent.

2. Gruppe der Angestellten.

Es sind insgesamt 1830 Stimmzettel abgegeben worden. 127 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt. Von den 1 703 gültigen Stimmen entfallen auf:

Liste 1: Allgemeiner freier Angestelltenbund (AFB)	6 548
Liste 2: Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) und Verband kaufm. Grubenbeamten (VKG)	5 697
Liste 3: Reichsverband deutscher Bergbauangestellter, Fachgruppe Bergbau im Gedyg	2 692
Liste 4: Einheitsliste der Grubenbeamten	3 451

Hiernach sind gewählt aus:

Liste 1: 5 Mitglieder und 4 Stellvertreter,
Liste 2: 4 Mitglieder und 4 Stellvertreter,
Liste 3: 1 Mitglieder und 2 Stellvertreter,
Liste 4: 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter.

Die Wahlbeteiligung betrug 81,88 Prozent.

Die Stellung von Frank Hodges.

Im Zusammenhang mit den Gerüchten über die Annahme des Postens des Präsidenten einer geplanten Föderation der nicht-politischen Bergarbeiterverbände, d. h. einer Zentrale der nach dem Bergarbeiterstreit entstandenen gelben Bergarbeiterorganisationen Englands, teilt Hodges einem Vertreter des „Daily Herald“ mit, daß diese Gerüchte vollständig aus der Luft gegriffen seien. „So sehr ich auch den Wirtschaftsfrieden befürworte“, bemerkte Hodges, „habe ich nicht das geringste Bedürfnis, daß mein Name mit beliebiger Organisation in Verbindung gebracht wird. Jetzt, die Wahlen, meine nächste Stelle vorauszuweisen, sind in einem groben Irrtum befangen. Ich habe noch keine Entscheidungen getroffen, daher ist jedoch, daß ich keine Stellen annehmen werde, die einige meiner guten Freunde mich gerne annehmen sehen würden.“



Die soziale und steuerliche Belastung der deutschen Wirtschaft.

Der Kampf um die Sozialversicherung, vor allem um die aus ihr entstehende Belastung der Wirtschaft, war gerade in den letzten Jahren besonders heftig. Die widerspruchsvollen, oft phantastischen Zahlen über die absolute Höhe der aufzubringenden Mittel, die in der Stabilisierungszeit besonders von den Unternehmern genannt wurden, um die gesetzgebenden Körperschaften von dem notwendigen Abbau der Sozialversicherung im Interesse der zu sanierenden deutschen Wirtschaft zu überzeugen, sind allerdings durch die inzwischen für 1924 und 1925 vorliegenden Rechnungslegungen der Sozialversicherungskörper aus der Diskussion verschwunden. Der Reichsverband der deutschen Industrie schätzt heute die durch die Arbeiter und Unternehmer aufzubringenden Mittel für soziale Zwecke einschließlich der Erwerbslosenfürsorge auf 3700 Millionen Mark jährlich. Es handelt sich hier also auf alle Fälle um Summen, deren Aufbringung auch den einzelnen Arbeiter stark belastet.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat nunmehr durch umfangreiche Erhebungen in Berlin, deren Grundlage tausende in den Betrieben der verschiedensten Industrien eingesammelten Lohnlisten bilden, die durch die verschiedenen Reformen in der Sozialversicherung und auf dem Gebiete des Lohnsteuerabzugs in den Jahren 1924-1927 sich gestaltende Belastung der Arbeiterschaft ermittelt. Im Heft 6 der Zeitschrift »Die Arbeit« werden die Resultate in dem Artikel von B. Gleitze: »Die soziale und steuerliche Belastung der deutschen Arbeiterschaft seit 1924« in ausführlicher Abhandlung mit tabellarischen und graphischen Darstellungen veröffentlicht. Wir bringen hier nur die unsere Leserschaft interessierenden tabellarischen Auszüge.

Der eigentliche Wert der Statistik liegt in der Aufgliederung der erfaßten Arbeiterschaft nach Lohnklassen. Dadurch lassen die Berliner Ergebnisse auch Rückschlüsse auf die Verhältnisse im Reich zu, denn die Abzüge zur Invalidenversicherung, zur Erwerbslosenfürsorge und die Steuern sind reichsgesetzlich geregelt. Dagegen ist die Beitragsleistung zur Krankenversicherung örtlich, beruflich, betrieblich und sogar in der Art des Beitragssystems verschieden.

Für alle drei Erhebungsjahre kann man aus der Tabelle ablesen: Mit steigendem Lohn fallen die Sozialbeiträge, dagegen steigen mit dem Lohn die Steuerlasten. Die Steuerabzüge, die 1924 noch außerordentlich hoch waren, sind durch die Heraussetzung des freien Lohnbetrags allerdings stark gesunken. Es zahlten im Durchschnitt vom Hundert des Bruttolohnes:

	1924	1925	1926
die Arbeiter	5,7	5,3	3,9
die Arbeiterinnen	4,1	3,0	1,1

Von einem 10prozentigen Lohnsteuerabzug kann also keine Rede sein. In Orten mit niedrigerer Lohnhöhe als Berlin wird der prozentuale Abzug natürlich noch niedriger sein, wie die Abzüge in den unteren Lohnklassen in der Tabelle zeigen. Es ist ein Verdienst des ADGB, endlich einmal ein klares Bild über die Wirkung der letzten Steuerreform gegeben zu haben.

Die Arbeitsmarktkrise hat vor allem durch die starke Steigerung der Erwerbslosenfürsorge, die sonst im Durchschnitt sowohl bei den Arbeitern wie bei den Arbeiterinnen eingetretene Senkung der Sozialbeitragslasten gegen 1924 verhindert. Die Steigerung der Erwerbslosenfürsorge um das 7- bis 8fache hat auch die Lohnsteuer-senkung nicht voll zur Auswirkung kommen lassen.

Der ausgezahlte Lohnbetrag betrug im Durchschnitt aller von der Erhebung Erfaßten:

	1924	1925	1926
bei den Arbeitern	88,2	89,2	88,9
bei den Arbeiterinnen	88,7	90,1	90,6

Die unterschiedliche Lohnhöhe in den Berufen erklärt die verschiedene Höhe der Sozialbeitragsabzüge. Ohne die Steuerabzüge, die dadurch, daß sie mit dem Lohne steigen, auf die Belastung der Arbeiter mit geringerem und höherem Lohn ausgleichend wirken, betragen die Soziallasten (die Krankenversicherung, Erwerbslosenfürsorge und Invalidenversicherung zusammen) v. H. des Bruttolohnes:

	1926	Soziallasten zusammen für Arbeiter	Arbeiterinnen
Baugewerbe	7,7	—	—
Holzindustrie	7,2	—	—
Handel, Verkehr, Spedition	6,7	—	—
Buchdruck	5,5	7,4	—
Chemische Industrie	7,5	8,6	—
Metallindustrie	7,9	9,0	—
Schuhindustrie	6,9	7,8	—
Textilindustrie	7,4	8,5	—
Gemeindebetriebe	7,0	7,6	—

Die Abzüge in der Metallindustrie mit ihren niedrigen Löhnen sind am höchsten. Dazu kommt die anhand von Beispielen aus der Krankenkasse der Firma Borsig und der Lichterfelder Ersatzkasse (Beispiele aus zwei Metallbetrieben) nachgewiesene ungünstige Beitragsgestaltung der Betriebs-, Innungs-, Ersatz- und sonstigen Nebenkassen. Die Berliner Allgemeine Ortskrankenkasse mit 500 000 Mitgliedern erhebt vom Bruttolohn einfach 4 v. H. als Arbeitnehmerbeitrag, dazu die 1,5 v. H. Erwerbslosenbeitrag, die bekanntlich von den Krankenkassen mit eingezogen werden. Diese 5,5 v. H. zählt also sowohl der Arbeiter mit einem Wochenlohn von 20 Mk. wie von 60 Mk. Dagegen wurden im November 1926 den Arbeitern in dem Betriebe Borsig 8,9 v. H., in den beiden anderen Fällen (Ersatzkasse) 9,6 und 11,8 v. H. des Lohnes für Krankenkasse und Erwerbslosenfürsorge abgezogen.

Das Ergebnis der ADGB-Erhebung sei im Lande eine Mahnung, in den Betrieben auf der Hut zu sein. Die Erhaltung schlecht arbeitender Sonder- und Ersatzkassen ist zum Teil nur durch freiwillige Zugehörigkeit einzelner oder Nachlässigkeit der Betriebsbelegschaften ermöglicht. Gewiß muß auch der Unternehmer seinen Anteil zahlen, derselbe, der über zu hohe Belastung klagt. Er zahlt aber nicht ohne Grund!

Deutlicher als durch diese Feststellung freiwilliger Mehrzahlung kann die Sozialpolitik unserer industriellen Scharfmacher nicht illustriert werden. Der rücksichtslose Kampf gegen jede wirksame Sozialpolitik, die allerdings die organisatorische Zusammenfassung der Arbeitenden in große selbstverwaltende Versicherungskörper voraussetzt, wird mit großen Kosten durchgeführt. Die für den Unternehmer sowohl wie für die Arbeiter entstehenden unerträglichen Soziallasten sind hier tatsächlich ein freiwilliges Opfer einer leistungsfähigen Industrie, die sich ihr Prinzip, möglichst keine außerbetrieblichen Versicherungskörper zu dulden, etwas kosten läßt.

Produktionsstatistik.

Wenn ein Land seine Wirtschaft zweckentsprechend beeinflussen wird, muß es seine Wirtschaft kennen. Dazu gehört eine einwandfreie Produktionsstatistik. Eine solche scheidete bislang an dem Mangel eines gesetzlichen Zwanges, nach dem Unternehmer den Behörden auf die Produktion bezügliche Fragen zu beantworten haben. Es kam öfter vor, daß das Statistische Reichsamt keine genügenden Angaben auf seine Fragen bekam oder vor direkten Weigerungen stand. In der amtlichen Denkschrift über die Konzernentwicklung

wird festgestellt, daß verschiedene Konzerne die Auskunft verweigerten, so daß die Angaben in der Denkschrift nach Pressemitteilungen zusammengestellt werden mußten.

Vor längerer Zeit stellte die Sozialdemokratische Fraktion im Einverständnis mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien einen Antrag, der eine gesetzliche Verpflichtung zur Auskunftserteilung in produktionsstatistischen Fragen verlangt. Als dieser Antrag im Volkswirtschaftlichen Ausschuss am 24. Juni zur Verhandlung kam, stellte sich heraus, daß sich Scholz, Raumer und andere Vertreter der Industrie, die früher für den Antrag waren, umgestellt hatten. Das, was man bei uns Produktionsstatistik nennt, ist bislang nur auf einzelne Industrien angewandt worden: Bergbau, eisenschaffende Industrie, Textilindustrie, Leder-, Autoindustrie usw. Diese Statistik gibt auch nur umfassende Zahlen über die Produktion, ohne die in die Industrie gelangende Roh- und Halbstoffe, die schon einmal statistisch erfaßt sein können, zu berücksichtigen. Wenn die Statistik in dieser Form auf alle Industrien ausgedehnt würde, so käme man nicht zur Beantwortung der Frage: Wieviel wird bei uns produziert? Die gefundenen Zahlen würden viel zu hoch sein.

Bei der Debatte im Ausschuss war das Reichsstatistische Amt nicht vertreten, Unterlagen über eine solche Statistik ins Ausland waren auch nicht vorhanden. Mit dem Ersuchen um Vorlage solcher Materials wurde die Besprechung vertagt. Man darf neugierig sein, ob und wann und in welcher Weise das Wirtschaftsministerium Material vorlegt.

Interessant war auch die Feststellung im Ausschuss, daß von der Auskunftspflichtverordnung vom Jahre 1923 in bezug auf produktionsstatistische Fragen bislang noch kein Gebrauch gemacht wurde.

Die bösen Arbeiter.

Die Kursächsischen Braunkohlenwerke A.-G., die die Gruben Präsident und andere bei Fürstenberg a. d. Oder betrieb, ist bankrott gegangen. Die Arbeiter sollen in erster Linie schuld daran sein. So sagt die Unternehmerpresse:

»Die erste Erschütterung brachte der Streik im Braunkohlenbergbau im Jahre 1923, bei dem die Arbeiter von Kursachsen noch zwei Wochen länger streikten als die übrigen Bergarbeiter. Hierdurch wurden die Mittel des Werkes fast gänzlich aufgezehrt, so daß sich die Gesellschaft gezwungen sah, Kredit bei dem Bankhaus des damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden in Anspruch zu nehmen. Die Schuld, die sich nach Aufhören der Inflation auf ungefähr 4000 Rentenmark belief und nicht zurückgezahlt werden konnte, wuchs bis Ende 1923 infolge der damaligen Kreditvertheuerung lediglich durch Zinsen innerhalb zweier Monate auf 120 000 Rentenmark an und verdoppelte sich im 1. Vierteljahr des Jahres 1924, so daß heute die Schulden gegen 1 Million RM. ausmachen dürften.«

Der Streik 1925 soll dann die Verhältnisse noch weiter erschwert haben. Wir kennen die Verhältnisse des Werkes nicht genauer, aber jedenfalls sind nicht die Arbeiter, sondern andere Leute Halsabschneider für das Werk gewesen. Nach der vorstehenden Mitteilung hat das Werk für 4000 Goldmark in zwei Monaten 116 000 Goldmark Zinsen zahlen müssen, das wären für ein Jahr 696 000 oder rund 700 000 Mark Zinsen im Jahr für ein Kapital von 4000 Mark! Das erscheint so phantastisch, daß man ruhig sagen darf: Wo so etwas möglich ist, soll man doch nicht die Schuld auf die Arbeiter zu schieben versuchen!

Die Bergwerks A.-G. Recklinghausen,

umfassend die Staatszechen im Bezirk Recklinghausen, Aktienkapital im Nennwert von 57 Millionen Mk. voll im Besitz des preußischen Staates, unterscheidet sich in der knappen Berichterstattung nicht von Hibernia. Der Bericht schildert die bekannte Wirtschaftslage in 1926, die radikalen Abbaumaßnahmen bezüglich der Belegschaft, die nach der neuesten Entwicklung noch verschärft werden müßten. Der Betriebsgewinn beträgt 6,627 Millionen Mark, Abschreibungen 3,150, Reingewinn 3,477 Mill. Mk.

Die Reinförderung war 1926 um 5,54 Prozent größer als 1913, die Belegschaft war aber 12,83 Prozent geringer. Auf den einzelnen Schachanlagen wiederholt sich dies Bild wie bei Hibernia. Ueber die Produktion wird im einzelnen Auskunft gegeben, über erzielte Preise und eine Menge anderer Dinge dagegen nicht. So sind diese Berichte viel weniger geeignet, ein Bild über die staatlichen Betriebe zu geben, als das bei den früheren Betriebsberichten der Fall war.

Geringere Produktion — höhere Gewinne.

Die Braunkohlenwerke Leonhard A.-G., Zipsendorf bei Zeitz verteilen aus dem Reingewinn 7 Prozent Dividende statt 6 im Vorjahr. Die Förderung belief sich auf 1 710 956 To. Kohle gegen 1 760 366 To. im Vorjahr, die Brikettherstellung auf 577 430 To. gegen 604 468 To. im Vorjahr. Der Betriebsüberschuss betrug 1 984 758 Mk. gegen 1 870 525 Mk. im Vorjahr. Abgeschrieben wurden 758 780 gegen 684 048 im Vorjahr. Der Reingewinn stellt sich auf 564 237 Mk. gegen 474 411 Mk. im Vorjahr. Neuanlagen und Betriebsverbesserungen wurden durch Abschreibungen mehr als ausgeglichen.

Glänzendes Sprengstoffgeschäft.

Die Dynamit-A.-G. vormals Nobel & Co., Hamburg, steigerte ihren Bruttogewinn von 1,69 Mill. Mk. in 1925 auf 5,08 Mill. Mk. in 1926. 1925 wurden abgeschrieben 403 517 Mk., 1926: 1,74 Mill. Mark. Der Reingewinn betrug 1925: 91 054 Mk., 1926: 1,94 Mill. Mk.

Die Rheinische Sprengstoff-A.-G. in Köln weist einen Rohgewinn von 1,47 Mill. Mk. aus, im Vorjahr 0,59 Mill. Mk., 1,14 Millionen werden zu Abschreibungen verwandt (im Vorjahr 590 000 Mk.) und aus dem Reingewinn von 328 496 Mk. 4 Prozent Dividende gezahlt.

Internationales Kartell. — Preiserhöhung.

Ein Internationales Walzdrahtsyndikat zwischen Deutschland, Belgien, Luxemburg und Frankreich ist mit Rückwirkung vom 1. Juni abgeschlossen worden. Die Vertragsdauer des Internationalen Walzdrahtkartells beträgt vorläufig vier Jahre, jedoch nicht über die jeweilige Dauer des internationalen Rohstahlgemeinschaftsabkommens, das zum ersten Male am 1. April 1931 endigt. Der Verkauf erfolgt nicht durch eine einheitliche Syndikatsstelle, sondern wird von den einzelnen Ländern vorgenommen. Zur Ueberwachung der Verpflichtungen der vier Industriegruppen wird eine Kontrollstelle gebildet, die von einer schweizerischen Treuhandgesellschaft mit dem Sitz in Zürich verwaltet wird. Weiter wird ein Direktionskomitee gebildet, das aus je zwei Mitgliedern der verschiedenen beteiligten Länder besteht, und zwar aus einem Hauptdelegierten und einem Stellvertreter. Die mit sofortiger Wirkung vorgenommene Preiserhöhung beträgt 2,5 Schilling.

Die Mechanisierung im Bergbau.

Die seit einigen Jahren im deutsch-österreichischen Steinkohlenbergbau zu beobachtenden Bestrebungen, einen weitmöglichsten Ausbau der mechanischen Fördererrichtungen herbeizuführen, sind auch im Laufe des Jahres 1926 intensiv gefördert worden. Die Ziffern über die vorhandene Betriebskraft erhöhten sich gegenüber den für 1925 festgestellten Ermittlungen in folgender Weise:

Es waren Ende 1926 an Dampfbetriebskraft insgesamt 180 (164) Kolbenmaschinen mit 49 624 PS. (54 497) und 42 (37) Turbinen mit 68 968 PS. (71 133) vorhanden. Gleichzeitig wurden 113 (0) Gasmotoren mit 11 209 PS. gezählt. Im elektrischen Betriebe standen 3223 (2379) Elektromotoren mit 139 981 PS. (136 517) und an Dynamoren 73 (97) mit 54 599 PS. (54 838). Die vorhandenen 77 (62) Kompressoren erzielten eine Stundenleistung angesaugter Luft in Höhe von 410 732 cbm (378 850). Die Anzahl der Grubenpferde unter und

über Tage ging auf 339 (356) zurück. Von den vorhandenen maschinellen Anschaffungen sind folgende zu erwähnen:

	1926	1925
Bohrmaschinen u. Bohrhämmer mit elektr. Antrieb	527	471
Bohrmaschinen u. Bohrhämmer mit Druckluftantrieb	3 347	3 079
Abbauhämmer mit Druckluftantrieb	804	697
Schrämmaschinen mit elektr. u. Druckluftantrieb	491	299
Schüttelrutschenmotoren mit elektr. u. Druckluftantr.	587	448
Länge der Schüttelrutschen in Meter	28 621	23 288
Fördermaschinen unt. Tage m. elektr. u. Druckl.-Antr.	58	54
Antriebsmaschinen	193	172
Haspel für Bremsberge	1 681	1 452
Lokomotiven üb. u. unt. Tage m. elektr. u. Benzolantr.	277	202
Streckenlänge d. Lokomotivförderung unt. u. üb. Tage	214 160	Meter
Pumpen in Vorrichtung und Abbau mit elektrischem und Druckluft-Antrieb	317	317
Ortsventilatoren mit Preßluftantrieb	247	242
Ortsventilatoren mit elektrischem Antrieb	118	76
Hauptfördermaschinen mit Dampf- u. elektr. Antrieb	48	48
Die Länge der Preßluftleitungen beträgt unter Tage	712 745	Meter
Die Länge des elektrischen Kabelnetzes unter Tage	442 371	Meter

Diese Ziffern kennzeichnen den bedeutsamen namentlich seit der Teilung des Industriezweigs zu verzeichnenden Ausbau der mechanischen Förderanlagen der Gruben. Sie sind gleichzeitig ein Beweis dafür, welche außerordentlichen Mittel in den letzten Jahren investiert wurden, um die Förderung immer rationeller zu gestalten. Bemerkenswert ist, daß die Belegschaftsziffer, trotz dieses Ausbaus der maschinellen Fördertätigkeit, 1926 noch auf 48 739 (44 694) Arbeiter erhöht werden konnte. Insgesamt wurden von der Belegschaft über und unter Tage im Jahre 1926: 13 781 805 (12 377 001) Schichten verfahren, wobei sich eine Lohnsumme von 80 049 727 (67 563 009) Mark ergab.

Glänzendes Braunkohlengeschäft.

Die Rhein. A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, die rund ein Drittel aller rheinischen und ein Zehntel aller deutschen Braunkohle fördert, verteilt 10 Proz. Dividende auf ihr Aktienkapital von 60 Millionen Mark.

Die Förderung stieg von 12,94 auf 13,50 Mill. To., die Briketterzeugung von 3,21 auf 3,30 Mill. To., der Brikettabsatz stieg um 7,85 Proz. auf 3,4 Mill. To. Abschreibungen wurden von 3,81 auf 4,86 Mill. erhöht, trotzdem stiegen die Anlagewerte um rund 2½ auf 44½ Mill. Mk. Außenstände stiegen von 11,1 auf 14,2 Mill. Mk., Bankguthaben waren davon 13,70 gegen 10,73 Millionen im Vorjahr.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger

in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. Juni 1927 rund 598 000 (männlich 480 000, weiblich 118 000) gegenüber rund 648 000 (männlich 523 000, weiblich 125 000) am 1. Juni 1927 und 743 000 (männlich 603 000, weiblich 140 000) am 15. Mai 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Juni 1927 beträgt also rund 50 000 gleich 7,7 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 726 000 auf 664 000 gesunken.

Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni zurückgegangen, und zwar um weitere rund 18 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. Juni rund 208 000 (männlich 167 000, weiblich 41 000) gegenüber 226 000 (männlich 182 000, weiblich 44 000) am 15. Mai.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen zeigt demnach wieder einen erfreulichen Rückgang. Sie hat sich in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 von 969 000 auf 806 000, also um rund 163 000 gleich 16,8 Prozent verringert.

Preußen erhöht die Aufwertung der Spargelder auf 15 Prozent.

Die Aufwertung der Spargelder hat die parlamentarischen Körperschaften in der letzten Zeit erneut beschäftigt. Der Rechtsausschuss des Reichstags hat sich dafür eingesetzt, daß jede Sparkasse den Mindestsatz der Aufwertung der Sparguthaben von 12,5 Prozent auf eigener Kraft aufbringt. Dagegen haben sich nur Bayern und Hessen erklärt. Der preußische Minister des Innern, Grzezyński, hat jetzt bekannt gegeben, daß die preußischen Sparkassen angehalten werden und auch dazu in der Lage sind, eine Erhöhung des Einheitsatzes der Aufwertung von 12,5 auf 15 Prozent durchzuführen. Damit zeigt Preußen, wo die Sozialdemokratische Partei einen bestimmenden Einfluß ausübt, daß es die Aufwertung der Sparguthaben energisch in die Hand nimmt und im Rahmen des Möglichen betreibt. Die Deutschnationalen aber, eine Partei, die ihren Aufstieg der wüsten Agitation um die Aufwertungsfrage verdankt, sitzen heute als maßgebende Leute in der Reichsregierung und rühren keinen Finger.

Kritik des Reparationsagenten.

Der Reparationsagent Gilbert Parker hat die Aufgabe, Deutschlands Wirtschaft und Finanzen zu beobachten. Wenn sie sich so entwickeln sollten, daß die Zahlungen nach dem Dawesplan in Gefahr kommen, hat er weitgehendes Einspruchsrecht gegen die Finanzpolitik Deutschlands. Im vorletzten Bericht schilderte der Reparationsagent die deutsche Wirtschaft in der Zeit der Rationalisierung. Er stellte u. a. fest, daß die hohen Gewinne der deutschen Industrie nicht zur Preissenkung und nicht zu erheblichen Lohnerhöhungen geführt hätten und sprach die Hoffnung aus, daß die deutsche Industrie bald einsehen möge, daß diese beiden Faktoren am besten geeignet seien, die Kaufkraft im Lande zu stärken und die Produktion zu beleben. Diese Mahnung hat die deutsche Industrie unbeachtet gelassen.

In einem neuen Bericht kritisiert Parker die deutsche Finanzpolitik. Die Reichsausgaben betragen 1924-25: 7,2 Milliarden, 1927-28 nach dem Voranschlag 9,1 Milliarden. Eigentlich zwangsläufige Ausgaben (Kriegslasten, Reparationen und Erwerbslosenfürsorge) sind in diesem Zeitraum, bei einer Gesamtsteigerung von 1,9 Milliarden, nur um 417 Millionen Mark gestiegen, während unter den sonstigen Ausgaben allgemeine Verwaltungskosten um 833 Millionen Mk. gestiegen sind. — Auf solche Dinge macht der Reparationsagent aufmerksam, aber auch auf die Unklarheiten im Reichsetat, auf die Uebertragungsmöglichkeiten einzelner Posten des Etats usw. Ob diese Kritik etwas nützt, erscheint ebenso zweifelhaft wie bei der Mahnung an unsere Industrie.

Worte und Taten.

In Genf sprach man sich allgemein für Zollabbau aus. Kurz darauf droht ein deutsch-französischer Handelskrieg! Seit mehr als zwei Jahren verhandeln Deutschland und Frankreich über einen Handelsvertrag. Weil insbesondere Frankreich manche Zollerhöhungen vorgenommen hatte, kamen die gegenseitigen Verhandlungen nicht vorwärts, man mußte sich immer mit neuen provisorischen Abmachungen behelfen. Die letzte dieser Art lief am 30. Juni ab, neue Vereinbarungen kamen nicht zustande, so daß ab 1. Juli ein vertragloser Zustand zwischen Frankreich und Deutschland besteht. Die beiderseitigen Kommissionen erklärten zwar gemeinsam, daß sie ihre Bemühungen fortsetzen und sie vor dem 1. Juli abzuschließen hoffen.

Da unter dem vertraglosen Zustand beiderseits die höchsten (autonomen) Zölle erhoben werden, ist eine baldige Verständigung dringend zu wünschen. Eine längere Dauer des vertraglosen Zustandes würde übrigens auch die Internationale Rohstahlgemeinschaft bedrohen, da für den Fall von Zollerhöhungen die Kündigung des Vertrages mit drei Monaten möglich ist. Eine Erhebung der Maximalzölle durch längere Zeit würde wahrscheinlich diese Auflösung zur Folge haben.

Wie sie klaffen!

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Essen) und das kommunistische „Ruhr-Echo“ (Essen) vom 21. Juni befaßen sich in einem längeren Artikel mit unserem Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1928, der in Nr. 26 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 25. Juni d. J. veröffentlicht wurde. Auffallend ist in beiden Besprechungen das Bestreben, die Angestellten des Verbandes oder die „Bongen“, wie man die Angestellten kurz bezeichnet, in der Öffentlichkeit und bei den Verbandsmitgliedern herunterzureißen.

Der Schreiber in der „D. Bergw.-Ztg.“ sagt einleitend, daß es nicht ganz einfach sei, einen gewerkschaftlichen Klassenbericht zu lesen, um in seinen weiteren Ausführungen zu beweisen, daß er ihn selbst nicht lesen kann. Den Besprechungen unseres Berichts liegen bestimmt keine sachlichen Momente zugrunde, vielmehr die allbekannte Absicht, die Gewerkschaftsangehörigen oder „Bongen“ als die alleinigen Nutznießer der Gewerkschaftsbewegung hinzustellen. Diese Absicht liegt in der Behauptung, daß im Geschäftsjahr 1928 von den vereinnahmten Beträgen von 1.181.863 Mark allein für die Verwaltung der Organisation mehr als die Hälfte, nämlich 2.204.395 Mk., ausgegeben wurden. Den Widerspruch seiner Ausführungen scheint der Artikelschreiber nicht zu merken, wenn er selbst zugibt, daß sich in dem Betrag von 2.204.395 Mark die Vergütung an die Ortsverwaltungen befindet. Bekanntlich setzen sich die Ortsverwaltungen des Verbandes aus ehrenamtlichen Funktionären zusammen, die für ihre Tätigkeit als Zeitungsboten usw. mit einem ganz geringen Prozentsatz der Einnahmen entschädigt werden, weil niemand von ihnen verlangen kann, daß sie, im Gewerkschaftsdienst stehend, die dort entstehenden Sonderausgaben, von dem an sich nicht zu hohen Lohn, befreiten sollen. Aufsichtsratsbezüge, wie sie die Freunde des Artikelschreibers oder vielmehr er selbst, erhalten, sind es bestimmt nicht, die die Gewerkschaftsfunktionäre für ihre Tätigkeit beziehen, sondern nur eben das, was zur Deckung der notwendigen Kosten ausreicht.

Weiter wird natürlich mit Absicht verschwiegen, daß die Vergütung, die den Bezirken und Ortsverwaltungen gezahlt, nur zum Teil ausgegeben wird, weil es sonst nicht möglich wäre, daß am Jahresabschluss 1928 in den Bezirken und Zahlstellen ein Vermögensbestand im Betrage von 748.682 Mk. nachgewiesen wurde.

Genauso niederrichtig wie gemein ist die Behauptung, daß die Streik- und Gemäßigtenunterstützung früher eine gute Einnahmequelle für die Vertrauensleute und Kassierer der Verbände gewesen sei unter Hinweis auf Dinge, die vor 40 Jahren einmal vorgekommen sein sollen. Wenn der Artikelschreiber selbst zugibt, daß die Verwaltung solcher Gelder heute eine andere ist, warum denn diesen schmutzigen Vorwurf gegen die Funktionäre der Gewerkschaft, die der Allgemeinheit heute vielleicht nützlichere Dienste leisten, als wie der Artikelschreiber selbst. Diesen Vorwurf einer ungerechtfertigten Bereicherung als Funktionär der Gewerkschaft können wir zurückgeben mit der für uns erfreulichen Feststellung, daß die Unrechlichkeit unter den Funktionären der Gewerkschaften verschwindend klein ist im Gegensatz zu den unehrlichen Gesellen, die ihrer politischen Gesinnung nach dem Artikelschreiber sehr nahe stehen, und die in den letzten Jahren dem Staat und den Kommunen Millionen von Mark untergeschlugen.

Daß die Bildungsarbeit und die dafür entstehenden Ausgaben ebenfalls häßlich glossiert werden, nimmt uns kein Wunder, wenn man bedenkt, daß das Unternehmertum an der Bildungsarbeit der Gewerkschaften desinteressiert ist. Uns genügt es festzustellen, daß dieser Ausgabenposten bei den Bergarbeitern Verständnis findet, weil sie damit die Waffen schmieden, um sich ihre Gleichberechtigung als Mensch und Arbeiter zu erringen.

Der Artikel selbst wird ja auch nicht für die organisierten Bergarbeiter berechnet sein, vielmehr für die Schlingel der Unternehmer, die gelbes Wertepapier, die mit solchen Unwahrheiten, aus den den Unternehmern unbeliebten Verbänden herausgehalten werden sollen. Bei den Organisierten dürfte der Artikelschreiber mit seinen Verleumdungen kein Glück haben, weil diese infolge ihrer Bildung den Jahresbericht richtig lesen können und zu solchen Schlüssen nicht kommen, wie es der Artikelschreiber in seinem Schlußsatz beliebt. Die Feststellung, daß wir bekämpft werden, ist ja nicht neu, auch nicht, daß man sich dabei aller möglichen Mittel bedient, gleich welcher Art.

Weniger erfreulich mag es für das kommunistische „Ruhr-Echo“ sein, daß es sich in seiner Kritik über unseren Jahresbericht mit den Unternehmern wieder einmal so ziemlich auf der gleichen Linie befindet und sich dann nicht zu wundern braucht, wenn es von der Mehrzahl der Bergarbeiter nicht mehr ernst genommen wird. Wenn wir dabei an die Vorgänge der letzten Jahre zurückdenken, die sich in den kommunistisch aufgelegenen Gewerkschaften nach der gelblichen Seite hin abgepielt haben, haben wir bestimmt kein Bedürfnis, uns mit dem „Ruhr-Echo“ über die Auslegung von Klassenberichten oder Bilanzen zu unterhalten.

Die Anerkennung über die Tätigkeit der Mitglieder und Funktionäre hatten wir aufricht mit dem Zusatz, daß ihre Arbeiten in der Agitation mehr Erfolge zeitigten würden, wenn das „Ruhr-Echo“ und seine Trabanten sich bestreben würden, sachliche Gegenstände sachlich auszutragen bei gleichzeitiger Einstellung der Verleumdung der Organisation und ihrer Angestellten.

Eigenartig wirkt die Kritik des „Ruhr-Echos“ über die nach seiner Ansicht zu hohen Ausgaben für Unterstützungsarbeiten. Weiß das „Ruhr-Echo“ denn nicht, daß selbst die der kommunistischen Partei angehörenden Verbandsmitglieder die heute gezahlten Unterstützungsarbeiten recht oft als zu niedrig bezeichnen? Auch wir wissen, daß es idealer wäre, alle Einnahmen aus Beiträgen dem Kampffonds zuzuführen. Aber darüber beschließen ja nicht die Suwemänner, sondern die demokratisch gewählte und zusammengesetzte Generalversammlung. Aber das „Ruhr-Echo“ scheint der Ansicht zu sein, daß nur dann und dort Demokratie vorhanden ist, wo die Verbandsleitungen oder Generalversammlungen der Gewerkschaften alle die unsinnigen Anträge durchzuführen, die in der Nachrevolutionärszeit von kommunistischer Seite gestellt wurden.

Aber wem kann man es recht machen? Der Schreiber der „D. Bergw.-Ztg.“ behauptet, daß noch mehr als die Hälfte der Einnahme für die „Bongen“ ausgegeben würde und für Unterstützungsarbeiten zu wenig, während das „Ruhr-Echo“ die Höhe der Unterstützungen kritisiert und deren Beseitigung verlangt. (Was dem einen sien Ust, ist dem andern sien Nachtag!) Das „Ruhr-Echo“ wird sich eben damit abfinden müssen, daß das Verfügnngsrecht über die Verbandsgeelder bei der Verbandsleitung liegt und bleiben wird, trotz aller Klafferei.

Wenn man beim „Ruhr-Echo“ wirklich gewillt ist, an dem Aus- und Aufbau der Gewerkschaften mitzuarbeiten, wird es natürlich erforderlich sein, eine Umstellung in seiner Schreibweise vorzunehmen. Solange man das nicht tut, bleibt es eben dabei, wie wir eingangs schon betonten, daß „Ruhr-Echo“ und die „D. Bergw.-Ztg.“ sich auf gleicher Linie befinden.

Zum Schluß sei gesagt, daß trotz aller Demokratie, die bei uns zu Hause ist, aber auch für uns der Grundsatz gilt: Auf einen großen Klotz ein großer Keil!

Selbsterkenntnis soll der beste Weg zur Besserung sein.

Die Unfall- und Todesziffer stieg im Bergbau von Jahr zu Jahr. Zeitweise war die Zunahme erschreckend. Und da man sich keinen anderen Rat wußte, glaubte man, es läge an der mangelhaften Beaufsichtigung der Bergauffichtsbehörde, weil zu wenig Kräfte vorhanden seien. Im Laufe der Zeit wurden mehrere Einfahrer eingestellt. Eine Besserung trat nicht ein. Ins Gegenteil wurde die Angelegenheit verwandelt, und zwar in einem so erschreckenden Maße, daß selbst die Oberbergauffichtsbehörde ausruft: „Trotz weiterer Vermehrung der Aufsichtspersonen ist kein Stillstand der Unfälle und der Todesfälle eingetreten, sondern eine erschreckende Steigerung.“

Wie sich die Unfälle und Todesfälle im Laufe der letzten 16 Jahre im Bergbau entwickelt haben, das hat treffend der Kamerad Jato 63 in einer tragischen Aufmachung dem „Hohen Hause“ im preußischen Landtag vor Augen geführt, indem er sagte: „Seit 1910 haben sich 25.322 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang im Bergbau zugetragen. Die Särge aneinander gereiht, ergibt eine Kilometerzahl von 58,6.“ Die Wirkung war eine gewaltige, aber das Mitleid und die Anteilnahme sind, wie bei anderen Anlässen, nur eine vorübergehende Erscheinung. Voreist wird es so bleiben, da wir von dem „Hohen Hause“, das auf Grund seiner Zusammenstellung doch nur auf das kapitalistische System eingeschoren ist, nichts für unsere Besserung zu erwarten haben. Für die Bergarbeitergewerkschaft und für die Arbeitererschaft wird erst dann eine Besserung eintreten, wenn sie sich voll und ganz auf sich bekennt, d. h. in allem politischen Tun und Handeln so entscheidet, daß ihre Interessen gewahrt bleiben. Darum kann für alle Schaffenden die Parole nur heißen: Nur zu wirken und zu schaffen für eine Vertretung im Lande wie im Reichstag, die ihre hohe Aufgabe im Sinne des Sozialismus erfüllt! Daneben aber auch mehr als bisher zu wirken für Gewerkschaften von starkem Einfluß — getreu dem Grundsatz: Die Befreiung der Arbeitererschaft kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!

Doch kehren wir zurück zu unserem Thema. Die Frage: Wie konnte diese Steigerung der Unfälle möglich sein? — Ist wohl berechtigt und sehr aktuell auch für die Zukunft. Seit der Übersperung von 1924 besteht im Bergbau ein Treiben und Zagen, wie es sich der Laie nicht vorstellen kann. König Kohle führt ein graufames Regier. Nicht alle wollten sich unter her Fuchtel beugen, doch denen, die sich zu wehren suchten, ging es dreckig. So mancher brave Kamerad ist auf die Straße geflogen, wenn er sich mit den Herren in Widerpruch stellte. Seine Stelle wurde dann mit einem Schmarotzer besetzt. Unendliche Beispiele könnte man aufzählen. Ja, die Herren der Welt dulden keine Widersprüche! Gegen die bergpolizeilichen Bestimmungen hat man sich oft ganz gräßlich vergangen. Die Nationalisierung entsafte oft einen wichtigen Wahn. Scharen, Scharen! — so tönte es aus dem Munde der Herrschenden im Bergbau. Das galt aber nur nach unten, bei dem Arbeiter. Dafür stellte man nach oben mehr Kräfte ein. Eine sogenannte Futterkrippenpolitik wurde betrieben. Doch alle verkehrten Handlungen und Taten rächen sich auf Erden; so pflegt man zu sagen. Und in der Tat ist es so! Aber nicht immer werden die Schuldigen von der Strafe betroffen. So auch hier. Dafür läßt man den Armen — den Bergmann wie den Steiger — schuldig werden und überläßt sie dann der Weis.

Der Ausbau ließ in vielen Fällen und im allgemeinen zu wünschen übrig. Besonders in der Kohlengewinnung. In den meisten Fällen wurde zu schwaches Holz für den Ausbau in der Strebe und in den Dertern verwendet. Dann wurde auch die Vorschrift der Bauart im allgemeinen nicht eingehalten. Selbst einmal die Bergeverslagreihe wurde im Ausbau verfehlt. Das hatte natürlich zur Folge, daß der Bergverfah in den meisten Fällen nicht zur Geltung kam. Das Gebirge konnte sich nicht auf den Verfall setzen, weil die Stempel an der Verfallreihe nachgaben. Die Berge liefen aus und es dauerte dann nicht lange, bis die Strebe zu Bruch ging. Mit den Strecken war es nicht anders. Auch dort war in der Regel das Durchbrechen der Stifte auf den schwachen Ausbau zurückzuführen. Besonders in den biden Flözen (Dickerbank und Sonnenchein) hat sich das öfters zugetragen. Was das zur Folge hat, wird jeder, der den Bergbau kennt, wohl wissen. Doch in erster Linie bekommen es die betretende Kameradschaft und der Resiersteiger zu kosten. Hat die Kameradschaft bis dahin einigermaßen verdient, dann ist von diesem Tage an die Geschichte aus. Eine Vergütung gibt es selten oder gar nicht. Wenn sie trotzdem erfolgt, wird sie niemals den Schaden ersehen. Der Steiger bekommt sein Soll nicht. Jetzt beginnt das Keßeltreiben: der Hauer leistet nichts und der Steiger ist unfähig, ein Revier zu leiten. Beide sind aber schuldlos. Hätte man manchmal die Ratsschläge der Unteren befolgt, so wäre dem Bergbau manches Erübe zum Nutzen seiner selbst erspart geblieben. Ein Beispiel soll das zeigen. Zwei Strecken gehen mit allen vier Dertern und dem Flözquerzuschlag zu Bruch. Dadurch entstand eine ganz gefährliche Lage, besonders für diejenigen, welche die Aufbauarbeit verrichten mußten. Der Steiger wurde zur Rechenschaft gezogen. „Wie kommt das?“ fragte der Betriebsführer. Was soll der Steiger darauf sagen? Hätten die „Prominenten“ des Bergbaues den Ratsschlag und die gute Meinung des Steigers befolgt, indem sie unter den Querschlag und auch daneben Holzstäben hätten setzen lassen, dann wäre nach allen Erfahrungen bestimmt alles vermieden worden. Wirklich wäre das zu großem Nutzen der Besche selbst gewesen. Ob man für die Zukunft daraus eine Lehre ziehen wird, ist fraglich. Wenn nicht, dann wird es Zeit, daß die Bergauffichtsbehörde eingreift.

Ein weiterer Fall: Eines Tages ging ein Schüttelruttschneitreb zu Bruch. Daß dieses so kam und so kommen mußte, war dem Steiger voll und ganz klar. Das Gebirge war an und für sich mit starken Ralkschnitten durchsetzt. Dann zog sich noch an der Bahn eine tief einschneidende Rluft im Gebirge durch. Was half hier? Nur guter Verfall und starker Ausbau! Um das zu ermöglichen, hat sich der Steiger bei der Verwaltung aus, Holzstäben nach seinem Ermessen setzen zu lassen. Das war der Verwaltung nicht genehm. Es wurde ihm grundsätzlich verboten, neues Holz dazu zu verwenden. Selbstverständlich kann man mit gebrochenem Holz sehr wenig anfangen. Die vorauszuweisende Katastrophe trat alsbald ein. Die Rutschentour von 170 Meter wurde mit dem Motor und einer Schrämmaschine verschüttet. Mit großer Mühe konnten die Arbeiter ihr nacktes Leben retten. Das alles kommt auf das Konto der Kurzfristigkeit einer Betriebsleitung. Ein Steiger erlaubte sich einmal, entgegen dem Befehl des Betriebsführers härteres Holz zu verwenden. Da kam er aber schon an! Ihm wurde mächtig der Kopf gewaschen. Der Steiger hatte aber recht, denn wenn ein Stempel beim Antreiben entzweipringt, dann gibt er den Beweis, daß er zu schwach ist.

Manches könnte noch erwähnt werden, doch werden meines Erachtens die angeführten Beispiele wohl genügen. Nicht der einzelne trägt hier die Schuld, sondern das im Bergbau von jeher herrschende verderbliche System, das nur mit dem wachsenden Einfluß der Arbeitererschaft schwinden kann. Die heutige Verwahrlosung des Bergbaues ist vor allem der Tatsache zuzuschreiben, daß zu wenig Hilfskräfte (Zimmerhauer) vorhanden sind. Es ist ein Befehl von einem Tage zum anderen. Würde man die kleinen Schäden sofort beseitigen, könnte vieles erspart werden an Geld und Unliebhamkeiten, die dem Bergbau eigen sind.

Bei der heutigen Streckenbeschaffenheit ist ein Lehrhauer nichts weiter als ein Laie. Wenn bei der letzten Bergetatsberatung

ein Antrag der Arbeitervertreter eingebracht wurde, wonach das Kranzladen grundsätzlich verboten werden soll, und wenn dann der Bergbauliche Verein darauf erwidert, das Kranzladen verbiete das Verschütten von Kohlenklein und Kohlenstaub, so ist das ein Beweis, daß diese Herren die Beschaffenheit der Kohlenfreten gar nicht kennen oder nicht kennen wollen. Mit Grauen muß so ein Junge an die kommende Schicht denken.

Damit sei für heute genug gesagt. Eine Unmenge von Arbeit ist noch zu leisten, bis es besser wird. Aber auch diese Schwierigkeiten können leicht überwunden werden, wenn wir im Wollen einig sind. Durch Kampf zum Sieg!

Die Steuerfreiheit der Werbeposten.

Ende 1928 hatte der Präsident des Landesfinanzamts Münster im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landesfinanzamts Düsseldorf mit Rücksicht auf die Neuregelung der Knappschaftsversicherung eine allgemeine Erhöhung des steuerfreien Pauschbetrags für Werbeposten und Sonderleistungen für die Bergarbeiter durchgeführt. Der gesetzlich freibleibende monatliche Pauschbetrag von 40 Mk. ist danach für alle im Ruhrkohlenbergbau, sowohl unter wie über Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten erhöht worden:

1. auf 45 Mk. bei einem Monatslohn bis zu 200 Mk.,
2. auf 55 Mk. bei einem Monatslohn von mehr als 200—300 Mk.,
3. auf 70 Mk. bei einem Monatslohn über 300 Mk.

Diese Maßnahme verfolgt den Zweck, besondere Anträge der einzelnen Arbeitnehmer auf Erhöhung des gesetzlich Pauschbetrags auf den Betrag ihrer tatsächlichen Aufwendungen nach Möglichkeit überflüssig zu machen. Sie soll also sowohl den Steuerpflichtigen das Stellen besonderer Anträge ersparen, als auch die Verwaltungsgarbeit der Finanzämter vermindern.

Aber die Neuregelung dürfte diesen Zweck nicht erreichen, denn die neu festgesetzten Beträge sind so knapp gehalten, daß ein großer Teil der Arbeitnehmer gleichwohl genötigt ist, einen besonderen Antrag auf weitere Erhöhung beim Finanzamt zu stellen. Die Neuregelung ist deshalb unzureichend erfolgt, weil sich das Landesfinanzamt Münster überhaupt nicht mit den Bergarbeiterorganisationen, sondern nur mit dem Bergbaulichen Verein in Essen zur Ermittlung der durchschnittlichen Werbeposten und Sonderleistungen der Bergarbeiter in Verbindung gesetzt hatte. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat daher unter Vermittlung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen diese Regelung Einspruch eingelegt und verlangt, daß unter Mitwirkung der Bergarbeiterorganisationen die festgesetzten Beträge nochmals geprüft werden. Die Lohnsteuer ist eine Steuer der Arbeiter und nicht der Arbeitgeber, und wenn ein Landesfinanzamt für seinen Bezirk eine Maßnahme durchführen will, die die Steuerbelastung der Arbeiter berührt, muß es sich mit den Gewerkschaften und nicht mit den Arbeitgeberverbänden in Verbindung setzen. Um den Vereinfachungszweck voll zu gewährleisten, hat der Verband der Bergarbeiter Deutschlands folgende Erhöhung der Werbepostenpauschsätze vorgeschlagen:

1. bei Einkommen bis 200 Mk. . . . auf 55 Mk. monatlich,
2. bei Einkommen von 200—300 Mk. . . auf 70 Mk. monatlich,
3. bei Einkommen über 300 Mk. . . . auf 85 Mk. monatlich.

Das Reichsfinanzministerium hat in seinem Bescheid vom 2. Juni 1927 diese Erhöhung der Sätze abgelehnt, weil es der Auffassung ist, daß die vom Landesfinanzamt Münster festgesetzten Beträge für den Regelfall jedenfalls zureichend sind, und weil mitten im Jahre eine Neuregelung, die sich etwa auf 500.000 Arbeiter beziehen würde, eine zu große Belastung der Verwaltung hervorgerufen würde. Es hat aber ausdrücklich anerkannt, daß das Landesfinanzamt Münster den Bergarbeiterverband zu den Verhandlungen hätte hinzuziehen müssen und es hat zugesichert, daß gegen Ende des Jahres unter Beteiligung des Bergarbeiterverbandes geprüft werden wird, ob die Sätze für 1928 erhöht werden müssen.

Da es fürs erste nicht gelungen ist, eine allgemeine Erhöhung der Pauschsätze auf die von uns vorgeschlagenen Beträge durchzusetzen, so müssen jetzt alle Steuerpflichtigen selbst darauf bedacht sein, ihren Anspruch auf volle Steuerfreiheit ihrer Werbeposten zu wahren. Zu den Werbeposten gehören alle Ausgaben, die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Arbeitslohnes gemacht werden, insbesondere: 1. notwendige Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, 2. die Ausgaben für das Halten eigener Werkzeuge und für die Berufskleidung. Zu den Sonderleistungen rechnen: 1. die Beiträge zur Knappschaftsversicherung, 2. Beiträge zu Sterbekassen, 3. Lebensversicherungssprämien, 4. Ausgaben, die der Steuerpflichtige für die Fortbildung in seinem Beruf macht, 5. Kirchensteuern und 6. Gewerkschaftsbeiträge.

Jeder Steuerpflichtige, dessen Anwendungen hierfür die vom Landesfinanzamt festgesetzten monatlichen Pauschbeträge überschreiten, kann bei seinem zuständigen Finanzamt einen Antrag auf Erhöhung dieser Beträge stellen. Hierbei muß er die von ihm angegebenen Summen glaubhaft machen. Die Anträge sind an keine Frist gebunden, sondern können jederzeit gestellt werden. Die vom Finanzamt genehmigte Erhöhung gilt von der ersten auf die Genehmigung folgende Lohnzahlung ab.

Jeder Steuerpflichtige muß daher prüfen, ob er einen solchen Anspruch auf weitere Erhöhung des Freibetrages hat und niemand darf einen solchen Rechtsanspruch ungenutzt lassen. Je mehr alle Steuerpflichtigen ihre Rechte wahren, um so leichter wird es gegen Ende des Jahres sein, bei den Finanzbehörden die weitere allgemeine Erhöhung entsprechend unserem Vorschlage durchzusetzen.

Der Arbeitsmarkt im Ruhrbergbau.

Nach dem Ergebnis der Stichtagszählung vom 15. Juni wurden bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues 10.270 arbeitssuchende Bergarbeiter gezählt. Gegenüber dem Stichtagsergebnis des Vormonats ist nur eine Zunahme von 10.258 auf 10.270, also um 12 arbeitssuchende, festzustellen. Es hat sich danach bestätigt, daß trotz fortgesetzter Entlassungen im Ruhrkohlenbergbau die Zahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des Ruhrgebietes sich doch nicht oder wenigstens nicht im gleichen Maße erhöhen würde, wie die Entlassungen vermuten lassen könnten. Dies hat u. a. seine Ursache darin, daß, wie bereits wiederholt dargelegt worden ist, die geleerten Kräfte, soweit die Entlassenen es nicht überhaupt vorgezogen haben, in andere aufnahmefähige Berufe überzugehen, im Bergbau des Ruhrgebietes oder anderer Bergbaubezirke wieder Arbeit gefunden haben.

Nach der beruflichen Gliederung waren von den 10.270 Arbeitssuchenden 1144 Kohlenhauer, 1671 Reparaturhauer, 625 Lehrhauer, 1760 Schleppler und 5070 Tagesarbeiter. Nach dem Familienstand waren 3114 ledig und 7156 verheiratet. 6812 Arbeitssuchende bezogen Unterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge und 2169 aus der Kriegenfürsorge.

Zu der Woche vom 12. bis 18. Juni wurden im gesamten rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau wegen Abzahnangel 4412 Feuerwächter, d. h. arbeitstäglich 790, und wegen Betriebsführung 107, d. h. arbeitstäglich 19 eingelegt.

Wert die Zeitung beiseite!
 Gebt sie weiter an nichtorganisierte Arbeiter!

